

forum

1 | 2006

Das Magazin der Bertelsmann Stiftung



Demographischer Wandel

Europas neue Familienpolitik • Wegweiser Demographischer Wandel • Demographie-Trainings für Kommunen • Kita und Schule • Mütter in Führungspositionen • Sicherheit in der Golfregion



Liebe forum-Leser,

der demographische Wandel ist zu einem festen Bestandteil unserer Alltagssprache geworden. Und nach wie vor erzeugt er bei den meisten Menschen Schreckensbilder einer alten, armen und kinderlosen Gesellschaft mit einem stetig steigenden Anteil an Migrant*innen. Was der demographische Wandel jedoch konkret bedeutet, welcher Art die damit verbundenen Herausforderungen sind, welche Chancen sich womöglich bieten – das vermag kaum jemand anzugeben. Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderung, das sind die drei wesentlichen Faktoren, die die demographische Entwicklung bestimmen. Wachsende Heterogenität – nicht nur in der Zusammensetzung unserer Gesellschaft, sondern auch hinsichtlich der Lebensverhältnisse – ist die Folge. Die Fragen, die sich stellen, könnten drängender kaum sein. Und doch: Verzagt*heit ist das letzte, was wir uns leisten können, und aus vielerlei Gründen haben wir auch keinen Anlass dazu.

Wir sollten beherzt die Herausforderung annehmen, um unserer Verantwortung insbesondere für unsere Kinder und Kindeskin*der gerecht zu werden. Nur wenn wir unser Handeln an dem Prinzip der Nachhaltigkeit ausrichten, können wir sicherstellen, dass den nachfolgenden Generationen Handlungsspielräume bleiben, um ihr Leben selbst zu gestalten. Deshalb müssen wir uns in Deutschland mit Nachdruck für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einsetzen, weil nur dadurch Handlungsoptionen erhalten bleiben. Wir brauchen überdies ein Bildungssystem, das höchste Qualität gewährleistet, weil wir nur so im scharfen Wettbewerb einer beschleunigten Globalisierung bestehen können. Wenn wir immer weniger werden, können wir auf keinen verzichten – auch das werden wir bei der Ausrichtung unseres Bildungssystems berücksichtigen müssen. Dass über Bildung auch gesellschaftliche Integrationsleistungen für unsere Wissensgesellschaft erbracht werden müssen, ist beinahe schon selbstverständlich.

Auch müssen wir lernen, das Alter mit anderen Augen zu sehen. Wir müssen es als produktive Ressource für unsere Gesellschaft und unsere Wertschöpfung erkennen und endlich aufhören, es ausschließlich als Kostenfaktor zu betrachten.

Wenn uns dies alles gelingt, schaffen wir ein Fundament für Wachstum, Produktivität, Innovation, Stabilität und soziale Gerechtigkeit – kurzum: für eine zukunftsfähige Gesellschaft.

Der Vorstand der Bertelsmann Stiftung



4



10



21



30

Demographischer Wandel

Wir brauchen Perspektiven für die nächste Generation
Ein Panorama des demographischen Wandels 4

Wo wollen wir hin?
Bundespräsident Horst Köhler zum demographischen Wandel 6

Den Teufelskreis durchbrechen
Thesen zur Familienpolitik im demographischen Wandel 8

Europas neue Familienpolitik
Internationale Perspektiven des demographischen Wandels 10

Wegweiser demographischer Wandel
Frühwarnsystem und Informationsplattform für Kommunen 12

Auf dem Weg in die Zukunft
Dithmarschen und Schwalm-Eder-West 14

Fit für den Wandel
Demographie-Trainings für kommunale Entscheider 16

Neues Altern
Pilotprojekt in sechs Kommunen 17

Soziales neu gestalten
Bündnis für Gemeinwesen 18

Älter werden – aktiv bleiben
Carl Bertelsmann-Preis 2006 19

Selbst in der Pflicht
Reform der Alterssicherung 20

Vertrauen durch Nachhaltigkeit
Konsolidierung der öffentlichen Haushalte 21

Komm-Strukturen, Eigenverantwortung und Berater-Team
Aktive Gesundheitsförderung im Alter 23

Wie erfolgreich ist Hartz IV?
Bertelsmann Stiftung berät Optionskommunen 24

**Kita und Schule brauchen gemeinsames
Bildungsverständnis**
Elternbefragung in Kind & Ko 25

Wie Frauen das Unmögliche möglich machen
Mütter in Führungspositionen 27

Werte sind der Kern
Europa und die USA brauchen Debatte über
eigenes Selbstverständnis 30

Kooperation bringt Stabilität
Sicherheit in der Golfregion fördern 32

Management und Führungsqualität verbessert
Netzwerk für Bürgerstiftungen zieht Bilanz 34

Rubriken

Namen und Nachrichten 29, 36
Neuerscheinungen 38
Impressum 39



Wir brauchen Perspektiven für die nächste Generation

Ein Panorama des demographischen Wandels in Deutschland

Seit Jahrzehnten nur in wissenschaftlichen Zirkeln behandelt, beherrscht heute das Thema des demographischen Wandels die Diskussion über die Zukunftsperspektiven unseres Landes. Alle ernst zu nehmenden Prognosen stimmen in ihrer Grundtendenz überein: In Deutschland wird die Bevölkerungszahl zurückgehen, der Altersdurchschnitt in unserer Gesellschaft stark ansteigen und der Anteil der Einwohner mit Migrationshintergrund deutlich zunehmen.

Die demographische Entwicklung wird von den Faktoren Geburtenrate, Lebenserwartung und Wanderung bestimmt. Vor ca. 35 Jahren sank die Geburtenrate unter die bestandserhaltende Durchschnittszahl von 2,1 Kindern pro Frau. Dies beunruhigte zunächst nicht, wurde doch schon in früheren Zeiten diese Rate mehrfach unterschritten.

Weniger Kinder, mehr Alte

Während die niedrige Geburtenrate früher eine kurzfristige Folge außergewöhnlicher Krisen war - beispielsweise während und in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, blieb sie seit Mitte der sechziger Jahre dauerhaft unterhalb der bestandserhaltenden Rate und sank stetig weiter. Heute werden statistisch von einer Frau nur noch 1,3 Kinder zur Welt gebracht. Ohne Zuwanderung würde damit die Bevölkerung mit jeder Generation um mehr als 30 Prozent schrumpfen.

Mit diesem außerordentlichen Geburtenrückgang korrespondiert ein deutlicher Anstieg der Lebenserwartung um mehr als 30 Jahre in den vergangenen 100 Jahren. Jeder Geburtsjahrgang kann heute auf ein um zwei bis drei Monate längeres Leben als der vorhergehende Jahrgang hoffen. Die Chancen eines Neugeborenen, hundert Jahre alt zu werden, liegen inzwischen bei mehr als 50 Prozent.

In den vergangenen Jahrzehnten wurde der Bevölkerungsrückgang in Deutschland durch eine durchschnittliche Nettozuwanderung von etwa 200 000 Personen pro Jahr aufgehalten. Im Jahr 2004 umfasste die Nettozuwanderung nur noch rund 82 000 Personen. Sollte sich diese Tendenz verstetigen, muss mit einem Rückgang der bundesdeutschen Bevölkerung auf weniger als 65 Millionen Einwohner bis zum Jahr 2050 gerechnet werden.

Schockartige Belastungen

Der demographische Wandel bildet sich nicht nur in den aggregierten Durchschnittszahlen wie etwa der Veränderung der Gesamtbevölkerungszahl ab. Eine noch größere Herausforderung für unsere Gesellschaft stellen differenzierte Entwicklungen in Teilssegmenten dar. So übt beispielsweise die Alterung einer demographisch homogenen Bevölkerung nur geringen Druck auf die sozialen Sicherungssysteme aus, der sich durch moderate Anpassungen korrigieren lässt. Die geburtenstarken Jahrgänge jedoch, die im Verlauf ihrer Erwerbsphase demographische Renditen für die Volkswirtschaft erarbeiten, werden mit ihrem Übergang in die Ruhestandsphase für eine schockartige Belastung des gesamten Sicherungsnetzes sorgen.

Auch die unterschiedliche regionale Verteilung demographischer Effekte zwingt zu differenziertem Betrachten. Während in einigen Regionen Deutschlands auch weiterhin mit Wachstum gerechnet wird, stellt sich in Regionen mit teils drastischem Bevölkerungsrückgang die Frage nach der Überlebensfähigkeit lokaler Infrastrukturen. Der Druck auf die am Ziel der Verteilungsgerechtigkeit orientierten sozialen Sicherungssysteme und zunehmende regionale Unterschiede beschreiben die zentrale Herausforderung des demographischen Wandels: die wachsende Heterogenität in unserer Gesellschaft.

Was aber kann an die Stelle des Primats der Gleichheit bzw. Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse treten? Wie viel Ungleichheit werden wir ertragen müssen? Wird sich die Segregation zwischen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen und Bildungsschichten verstärken? Wie kann verhindert werden, dass sich sowohl die oberen als auch die unteren Schichten unserer Gesellschaft aus der Verantwortung für das Gemeinwesen stellen, während der hoch verschuldete Staat kaum noch ausgleichend wirken kann?

Leitbild mit Zukunftsperspektiven

Und dennoch: Die Folgen des demographischen Wandels sind gestaltbar. Eine notwendige Voraussetzung hierfür ist ein Leitbild, das eine überzeugende Zukunftsperspektive bietet und uns die richtigen Prioritäten setzen lässt.

An oberster Stelle rangiert die Nachhaltigkeit: Nur die Sorge um unsere Kinder und Kindeskiner führt zu verantwortungsvollem Handeln für die Zukunft. Mit dem Vorrang der Generationengerechtigkeit lässt sich dann die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ebenso begründen wie die Notwendigkeit eines leistungsfähigen Bildungssystems, das Chancengerechtigkeit und Integration gleichermaßen erbringt. Ein gesunder Staatshaushalt und hohe Bildung sind die Grundlage für den Erhalt unseres Wohlstandes – sie bedingen Wachstum, Produktivität, Innovation, Stabilität und soziale Gerechtigkeit.

Zur Generationengerechtigkeit gehört auch ein verantwortungsvoller Umgang mit der Alterung. Wenn überkommene Altersbilder einen Zustand zementieren, in dem der Kalender und nicht die Fähigkeiten des Einzelnen über seine Beteiligung an Gesellschaft und Wertschöpfung entscheiden, bleiben Potenziale ungenutzt. Das Primat der Generationengerechtigkeit begründet die bestmögliche Nutzung dieser Potenziale und bringt neue Antworten für den Umgang mit Gleichheit und Differenzierung in unserer Gesellschaft hervor.

Wenn wir den Blick weg von der Besitzstandswahrung und hin zur Sicherung von Handlungsoptionen der nachfolgenden Generationen wenden, wird es gelingen, unsere Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.



Kontakt:

Dr. Johannes Meier
0 52 41 / 81 81 234
✉ johannes.meier@bertelsmann.de



Andreas Esche
0 52 41 / 81 81 333
✉ andreas.esche@bertelsmann.de
🌐 www.bertelsmann-stiftung.de

Bundespräsident Horst Köhler zum demographischen Wandel

Wo wollen wir hin?

Auszüge aus der Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Konferenz „Demographischer Wandel“ am 6.12.2005 in Berlin

... Der demographische Wandel wird jeden Einzelnen von uns betreffen. Genauso wichtig ist aber auch die Feststellung: Wir sind den Ursachen und den Folgen des demographischen Wandels nicht hilflos ausgeliefert. Wir haben durchaus Möglichkeiten zu handeln, die Zukunft zu beeinflussen. Und wir müssen diese Möglichkeiten auch nutzen, das schulden wir den nachfolgenden Generationen.

Dann müssen wir uns aber zunächst auch Fragen stellen: Wie stellen wir uns die Zukunft unseres Landes in 20 oder auch in 50 Jahren eigentlich vor? Wie werden wir leben, wie wollen wir leben? Wollen wir vor allem auf die Selbststeuerungskräfte der Gesellschaft vertrauen – oder wollen wir versuchen, Weichen neu zu stellen? Und welche Optionen stehen uns dafür offen? ...

Wir wollen die komplexen Folgen kennen, die der demographische Wandel für alle Bereiche unserer Gesellschaft hat. Wir wollen wissen, was er bedeutet für die hier ansässigen Unternehmen und Betriebe, für die Schulen und Universitäten, für die Forschung. Wir wollen herausfinden, wie er das Gesicht unserer Städte und Landschaften verändern wird; wen er wie trifft – im Osten, im Westen, im Norden, im Süden. Und: wie er sich auf die Beziehungen der Menschen untereinander auswirken wird.

Besonders viele Gedanken mache ich mir selber darüber, was es für ein Land bedeutet, wenn immer weniger Kinder darin leben. Was bedeutet das eigentlich? Man sagt ja oft: „Eine Gesellschaft ohne Kinder ist eine Gesellschaft ohne Zukunft.“ Und es stimmt ja, Kinder sind von Natur aus neugierig, lernfreudig, zuversichtlich. Aber bedeuten weniger Kinder auch automatisch weniger Innovationsfreude, weniger Offenheit gegenüber neuen Ideen und mehr Zukunftsangst? Ist das so? Muss das so sein? Können ältere Gesellschaften nicht vielleicht genauso offen für Neues sein wie jüngere? Und: Wer sagt denn eigentlich, ob wir und wann wir alt sind? Es gibt ja den Spruch: „Man ist immer so alt, wie man sich fühlt“ – gilt das auch für ein Land?

Ich bin mir sicher: Man kann auch im Alter offen für Neues und Kreatives sein. Erfahrung und Umsicht der Älteren sind in vielen Zusammenhängen wichtig. Ich möchte sogar darüber hinausgehen: Vielleicht werden sie sogar immer wichtiger. Wir müssen das, was die Älteren – in der Sprache der Ökonomen – „akkumuliert“ haben, verfügbar machen für die Jüngeren, gerade in einer Phase der Entwicklung unserer Gesellschaft, in der wir viele Anpassungen und Veränderungen zu bewältigen haben. Es würde mich reizen, als

„Forum Demographischer Wandel“

Problembewusstsein schärfen – Zukunft gewinnen

In Deutschland werden immer weniger Kinder geboren, die Gesellschaft wird älter und gemischer, und die Bevölkerungszahl sinkt. Mit den vielfältigen Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Miteinander in unserer Gesellschaft beschäftigt sich eine Serie von Konferenzen und Gesprächsrunden, die Bundespräsident Horst Köhler in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung initiiert hat.

Im „Forum Demographischer Wandel“ geht es darum, schlüssige Antworten auf die komplexen Anforderungen von Geburtenrückgang und Alterung zu finden. Die demographische Entwicklung und ihre Folgen werden in drei Themenschwerpunkten bearbeitet: Zukunft Familie, Zukunft Wirtschaft und Soziales sowie Zukunft Bildung und Wissenschaft. Die Initiative zielt darauf, der Öffentlichkeit die Bedeutung des Themas bewusst zu machen sowie Konzepte und möglichst konkrete Handlungsvorschläge zu erarbeiten.



Ökonom Modelle zu entwickeln, wie das so genannte „Humankapital“ oder „Humanvermögen“ in gesamtwirtschaftliche Modelle integriert werden kann, um herauszufinden, wie man mit diesem Kapital ökonomischer umgehen kann.

Ich halte es deshalb für überfällig, dass wir darüber nachdenken, was wir gegen die Altersdiskriminierung auf dem Arbeitsmarkt tun können, der sich so viele Menschen ausgeliefert fühlen. Was ist das eigentlich für ein Land, in dem wir bald bis 67 arbeiten sollen, in dem aber viele schon mit 50 keine Stelle mehr finden, weil die Unternehmensleitungen eine „vergreisende Belegschaft“ befürchten oder weil sie vorrechnen, ältere Mitarbeiter kosteten sie zu viel? Da muss und kann man sich mehr einfallen lassen, meine Damen und Herren.

Eine der wichtigsten Fragen wird sein, wie wir Zuwendung und Pflege für immer mehr alte Menschen sichern, die keine Familien mehr haben, die sich um sie kümmern können. Zentral wird auch die Frage sein, wie wir unsere sozialen Sicherungssysteme umbauen und ergänzen, damit die wachsende Zahl der Älteren auch künftig einen guten Lebensabend hat, ohne die Jüngeren zu überlasten. Wir müssen uns viel mehr als bisher Gedanken darüber machen, wo

wir sparen können und wo das staatliche Handeln viel effizienter werden kann, damit unsere Kinder und Enkel überhaupt noch finanzielle und politische Gestaltungsspielräume haben.

Wenn wir sparen, dann freilich nicht an der Bildung. Denn klar ist, dass bei sinkenden Kinderzahlen noch dringender als je zuvor geboten ist, jedem Kind in unserem Land ungeachtet seines Elternhauses bestmögliche Bildungschancen zu geben. Ich wiederhole, was ich schon oft gesagt habe und was ich immer wieder sagen werde: Bildungschancen für alle – das ist die für mich wichtigste Form sozialer Gerechtigkeit, gerade vor dem Hintergrund dessen, was dieser Gesellschaft noch bevorsteht.

Darüber hinaus gibt es viele Fragen, die wir uns noch nicht ernsthaft genug stellen. Zum Beispiel: Wollen wir mehr Zuwanderung? Und wenn ja, welche? Wie kann die Integration von Zuwanderern und ihren Nachkommen gelingen? Denn klar ist, dass der Bevölkerungsanteil derer mit Migrationshintergrund, wie es ein wenig kompliziert heißt, stetig wachsen wird. Welche Hilfestellung brauchen Menschen, um bei uns Fuß zu fassen, und was müssen sie mitbringen – von der Bereitschaft, Deutsch zu lernen bis zur

→

Anerkennung der Grundwerte, die unsere Verfassung und unser Zusammenleben prägen?

Ich finde, wir sollten uns aber nicht nur fragen, was wir dem Altern und dem Schrumpfen unserer Gesellschaft entgegensetzen können. Wir sollten uns ruhig auch einmal fragen, ob wir dem Schrumpfen der Bevölkerung überhaupt etwas entgegensetzen wollen.

Um uns zu vergewissern, was wir wirklich wollen, sollten wir deshalb auch danach fragen, wie es sich lebt mit erheblich weniger als 80 Millionen Einwohnern. Vielleicht sind die viel beschworenen demographischen Probleme gar keine Probleme, sondern Teil der Lösungen – zum Beispiel im Umweltbereich. Wir sollten solche Fragen zulassen und nicht durch Dramatisieren die Menschen einschüchtern.

Wenn wir dem Altern und dem Schrumpfen unserer Gesellschaft bewusst etwas entgegensetzen wollen – was ich für geboten halte –, dann sollten wir uns fragen, ob wir uns eigentlich schon wirklich damit auseinandergesetzt haben, warum immer mehr junge Menschen bei uns kinderlos bleiben – und das, obwohl sie in Umfragen durchaus den Wunsch nach Familie und Kindern äußern. ...

Wenn Frauen und Männer in Deutschland gerne mehr Kinder hätten, als sie tatsächlich bekommen, dann müssen wir vor allem ganz direkt fragen, was sie daran hindert und wie die Hindernisse möglichst beiseite geräumt werden können. Wie tragen wir den veränderten Lebenswünschen gerade von besonders qualifizierten jungen Leuten besser Rechnung? Welche Chancen eröffnen wir jungen Frauen und Müttern, die heute vielfach dasselbe wollen wie die Männer: Eigenständigkeit im Beruf – und Kinder?

Wie können wir Familienpolitik in umfassenderem Sinne zur Investitionspolitik in die Zukunft unseres Landes machen? Und das meine ich nicht im Sinne des Ökonomen, sondern im Sinne der Zukunftsgestaltung, Vorbereitung und auch Unterstützung. Und wie beweisen wir über das Materielle hinaus mehr Achtung und Anerkennung dafür, was Eltern indirekt für alle anderen mitleisten, indem sie für Nachwuchs sorgen? ...

Ich glaube, dass wir die Chance haben, nicht nur den Verstand, nicht nur das Geld, sondern auch das Herz in diese Diskussion einzubringen und damit dieser Diskussion einen Kern zu geben, den wir grundsätzlich brauchen: Zu wissen nämlich, wer wir sind und wo wir hinwollen. Wir alle müssen gemeinsam dafür sorgen, dass dann auch entsprechend gehandelt wird. Denn das, was wir heute tun werden, wird ein, zwei Jahrzehnte brauchen, um nachhaltig zu wirken, aber auch dann noch Früchte tragen, wenn es uns selber längst nicht mehr gibt. Ich will mit diesem Forum Demographie einen Beitrag leisten. ...

Thesen zur Familienpolitik im demographischen Wandel

Den Teufelskreis durchbrechen



Von Dr. Johannes Meier,
Vorstandsmitglied der
Bertelsmann Stiftung

Der demographische Wandel und die damit einhergehende Sorge um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft haben der Familie neue Beachtung gebracht und die Familienpolitik vom Mauerblümchen-Dasein befreit. Das Bundesfamilienministerium, der Bundesverband der Deutschen Industrie und das Institut der Deutschen Wirtschaft haben eine bevölkerungsorientierte Familienpolitik als Wachstumsfaktor identifiziert. Die OECD fordert eine aktive Familienpolitik, sieht Wohlstand, Familie und Arbeitsmarkt eng miteinander verknüpft. Auch dürfte es mittlerweile ein breites Verständnis dafür geben, dass finanzielle Umlagesysteme wie in den Sozialversicherungen nur dann nachhaltig funktionieren, wenn die jüngeren Generationen stark genug sind, um die notwendigen Beiträge aufzubringen.

Welches Ziel soll die Familienpolitik unter den sich verändernden gesellschaftlichen Bedingungen verfolgen? Die finanzielle Förderung von Familien ist selbst noch kein Ziel, sondern nur ein Mittel, dessen Eignung sich erst durch eine klare gesellschaftliche Zielsetzung erweist. Ein solches Ziel kann aber nur das Ergebnis einer breit angelegten Wertedebatte sein. Der Blick nach Frankreich mit seiner deutlich höheren Geburtenrate zeigt, wie wichtig die Kontinuität eines solchen familienpolitischen Zieles über Jahrzehnte ist – vor allem über Parteigrenzen hinweg.

Unerlässlich ist überdies der Blick auf die Wirkungen familienpolitischer Interventionen. Familie ist geprägt von generationenübergreifender Verbindlichkeit. Sie steht im Spannungsfeld von gesellschaftlichen Generationenverträgen, Solidarität und Liebe sowie der Suche nach Sinn und der Vermittlung von Werten. In Familien erbrachte Leistungen können niemals vollständig berechnet oder gar finanziert werden – das wäre auch nicht sinnvoll. Klar

ist jedenfalls, dass die Forderung nach einem Lastenausgleich kein kinderfreundliches Klima schafft, denn allein durch die Wortwahl wird der Begriff Familie negativ besetzt. Die Stigmatisierung von Kindern als Armutsrisiko ist gefährlich – und unsinnig; schließlich werden Eltern nicht durch Kinder arm. Es ist ja vielmehr so, dass Arme oft mehr Kinder haben.

Immer deutlicher tritt zutage: Die langfristigen Strategien einer nachhaltigen Familienpolitik hängen mit den kurz- und mittelfristigen Anpassungsstrategien für den demographischen Wandel zusammen. Hier schließt sich ein Kreis, der zurzeit eher nach Teufelskreis als nach einer positiven Rückkopplung aussieht. Zumindest die Geburtenraten sprechen nach wie vor eine deutliche Sprache. Wie lässt sich also der Teufelskreis durchbrechen?

1. Nachhaltige Familienpolitik muss sich auf die Gestaltung von Lebensläufen konzentrieren.

Seit den siebziger Jahren lässt sich beobachten, dass sich die Lebensläufe junger Erwachsener verändert haben. Mit einer späten Heirat oder Partnerschaft geht auch eine spätere Entscheidung für Kinder einher. Pragmatische Schritte zur Entzerrung dieser „rush hour“ sind durchaus vorstellbar. Schon während der Ausbildung sollten Betreuungsmöglichkeiten angeboten und die unterstützende Infrastruktur für Kinder verbessert werden. Die Politik ist gefragt, pragmatische Lösungsvorschläge anzubieten. Nachhaltige Familienpolitik bedeutet, den Familien und den Mitgliedern der Familie eine gleichberechtigte Teilhabe an Gesellschaft, Politik und Wirtschaft zu ermöglichen.

2. Die Balance von Familie und Arbeit ist notwendig.

Immer häufiger wollen oder müssen beide Elternteile erwerbstätig sein. Einige Jahrzehnte später als in Skandinavien oder Frankreich wird nun auch in Deutschland die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie und Arbeitswelt breit diskutiert. Unternehmen und Kommunen handeln aus Verantwortung für die Gesellschaft, aber auch im wohlverstandenen Eigeninteresse, wenn sie familienfreundliche Arbeitsbedingungen für Mütter und Väter schaffen. Familienfreundlich werden die Arbeitsbedingungen jedoch nur, wenn betriebliche Arbeitszeiten mit Öffnungszeiten von Betreuungseinrichtungen abgestimmt sind.

3. Familiennahe Dienstleistungen werden ein wachsender Wirtschaftszweig sein.

Mehr als 70 Prozent aller Pflegeleistungen werden heutzutage in Familien erbracht. Im Zuge der demographischen Entwicklung bedeutet dies, dass familiennahe Dienstleistungen mittelfristig ein großes Potenzial als Wirtschaftszweig haben werden. In Japan gibt es bereits erste Beispiele für einen solchen Wirtschaftszweig familiennaher Dienstleistungen – und zwar in Verbindung mit Hochtechnologie-Anwendungen. Interaktive Robotik und künstliche Intelligenz werden zur Stimulierung alter Menschen mit Demenzerkrankung eingesetzt; moderne Sensorik und intelligente Kleidung unterstützen Tagesabläufe; Breitband-Kommunikation ermöglicht den Kontakt von Alt und Jung in geographisch getrennten Wohnräumen durch interaktive Fenster.

4. Eine zukunftsfähige Gesellschaft braucht bürgerschaftliches Engagement.

Auch der einzelne Bürger kann durch sein Engagement in Netzwerken Dienste anbieten, die eine Familie allein nicht mehr leisten kann. Familien sollen aber durch ehrenamtliche Kräfte unterstützt werden und nicht selbst noch mehr – ehrenamtliche – Pflichten aufgebürdet bekommen.

5. Bildungspolitik ist der wichtigste Hebel für unsere Zukunftsfähigkeit.

Für den Bestand unseres demokratischen Gemeinwesens sind wir auf gebildete junge Menschen angewiesen. Darum müssen Eltern, frühkindliche Bildungseinrichtungen, Schulen und Jugendhilfe nicht nur zum Wohl der Kinder, sondern zu unser aller Wohl zusammenarbeiten. Die Bildungs- und Erziehungskompetenz der Eltern muss insbesondere in den bildungsfernen Schichten gestärkt werden. Dafür sind Angebote in Kindertagesstätten, Schulen und Freizeiteinrichtungen erforderlich. Kein Kind darf zurückgelassen werden – auch wenn dies die Freiheit der Eltern in der Erziehung ihrer Kinder beeinträchtigt.

6. Die heutige Verschuldung ist unmoralisch.

Zu dieser Einschätzung kommen die katholischen Bischöfe in ihrem Papier „Das Soziale neu denken“. Generationengerechtigkeit verlangt den Abbau der Verschuldung. Bezieht man die impliziten Staatsschulden in die Betrachtung ein und nimmt an, alles gehe so weiter wie bisher, dann ist es nur eine Frage der Zeit, bis uns jegliche Handlungsspielräume abhanden gekommen sein werden. Schon heute müssten Stadtstaaten wie Berlin oder Bremen mehr als 25 Prozent ihrer Primärausgaben sofort einsparen, nur um den jetzigen Schuldenstand bis 2020 halten zu können. Welche Politik aber wäre möglich, wenn ein generelles Verschuldungsverbot erlassen würde? Diese Frage zwingt zur Priorisierung.

7. Wir müssen produktiv mit Heterogenität umgehen.

Die gesellschaftliche Heterogenität beginnt bei den unterschiedlichen Lebensentwürfen und vielfältigen Interpretationen von Familie und endet bei den Realitäten einer modernen Einwanderungs- und Klassengesellschaft. Angesichts der Vielfalt der Lebens- und Solidargemeinschaften sind pauschale staatliche Interventionen wenig effektiv und daher kaum sinnvoll. Es müssen daher Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine Vielzahl lokaler Lösungen ermöglichen.

Der demographische Wandel ist wahrscheinlich die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft. Eines muss jedoch klar sein: Nach dem Staat zu rufen, reicht nicht aus. Nur im Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft können die Lösungen gefunden werden, die letztlich unsere Zukunftsfähigkeit garantieren. Prof. Udo di Fabio betont in diesem Zusammenhang den „menschlichen Faktor“ in seinem Buch „Die Kultur der Freiheit“: „Das Lachen und Weinen der Kinder, ihre Fragen und ihre Neugier, ihre Unvernunft und ihr Geschrei, ihre Ideen und ihre Einfälle: Das und nur das ist die Zukunft unserer Gesellschaft.“

Internationale Perspektiven des demographischen Wandels

Europas neue Familienpolitik

Im Jahre 2050 werden mehr als neun Milliarden Menschen auf der Erde leben. Über die Hälfte des bis dahin noch zu erwartenden Zuwachses wird allein in Indien, Pakistan, Nigeria, Kongo, Bangladesch, Uganda, den USA, Äthiopien und China zur Welt kommen. Das Verhältnis der Bevölkerungszahlen zwischen entwickelten und weniger entwickelten Regionen wird sich von 1:2 im Jahre 1950 auf 1:6 im Jahr 2006 verändert haben – mit schwerwiegenden Konsequenzen.

Die entwickelten Länder – ausgenommen USA, Kanada, Australien und Nordeuropa – werden aufgrund der durchgängig zu geringen Geburtenraten geprägt sein von einer Verlangsamung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums, von expansiven Kostendynamiken im Gesundheitswesen, Pflegesystem und Rentensystem sowie politischen und wirtschaftlichen Innovationsdefiziten. Die weniger entwickelten Länder werden mit Umwelt- und Ressourcenproblemen zu kämpfen haben; denn die städtischen Regionen sind überlastet, das Pro-Kopf-Wachstum verlangsamt sich – bei gleichzeitig relativ hohem Konflikt-Potenzial der jungen Bevölkerung.

Typische Cluster in Europa

Werden die europäischen Länder einer genaueren Analyse unterzogen, so zeigen sich einige typische Cluster von Wohlfahrtsstaaten, unterschiedlicher Familienpolitik und Geburtenraten. Trotz partieller Abweichungen sind beim Vergleich der Geburtenraten vier Regionen mit jeweils gleichen Auffälligkeiten zu erkennen: mit analogen Kombinationen von Familienpolitik und familienpolitisch gelebten Leitbildern.

In den Regionen, in denen klassische Familienbilder und Rollenverhalten dominieren – beispielsweise im katholischen Mittel- und Südeuropa – wurde in der Vergangenheit Familienpolitik als Privatangelegenheit betrachtet. Diese Länder waren durch Internalisierung sozialer Risiken und Externalisierung des Nutzens der Familie gekennzeichnet. Die gesellschaftspolitische Diskussion unterschied zwischen staatlichen und familiären Aufgaben. Der Rückzug des Staates bedeutete stets die Steigerung der intrafamiliären Verantwortlichkeiten und damit der finanziellen sowie zeitlichen Belastungen. Folge dieser Politik ist eine durchgängig unterdurchschnittliche Geburtenrate, obgleich die klassischen Indikatoren der traditionellen Familienstrukturen – geringere Scheidungsrate, relativ frühes Heiratsalter, Kleinkindbetreuung in den Familien, hoher Anteil verheirateter Mütter – eigentlich genau das Gegenteil erwarten ließen.

Die Staaten hingegen, in denen der kleinste Adressat der Politik – aus juristischer Sicht betrachtet – das Individuum war und den Familien damit Pflege-, Bildungs- und Rentenlasten abgenommen worden sind, weisen durchgängig überdurchschnittliche Geburtenraten auf – zum Beispiel die skandinavischen Wohlfahrtsstaaten. Gegenseitige Unterhaltungspflichten belasten im weitaus geringeren Maße die Familie. Damit lässt sich feststellen, dass die Familienpolitik mit veralteten Rollenbildern gerade in Mittel- und Südeuropa den negativen Regelkreis der demographischen Entwicklung verstärkt.

Familienpolitik strategisch relevant

Wird nach möglichen Strategien gegen die Folgen des demographischen Wandels gesucht, hat daher die Neuausrichtung der Familienpolitik höchste Priorität. Erstens stellt die Unterstützung von Familien und Kindern einen Wert per se dar. Kinder sind unsere Motivation, uns mit der Zukunft zu beschäftigen. Es ist gefährlich



und unverantwortlich, wenn der Zeithorizont der Politik ausschließlich die jetzt lebende Generation berücksichtigt.

Zweitens ist es in Europa aus bevölkerungspolitischer Sicht von Interesse, zukünftig den Anteil der europäischen Bevölkerung an der Weltbevölkerung zu stärken. Ein geringerer Anteil bedeutet zugleich ein geringeres ökonomisches Gesamtgewicht sowie weniger Einfluss und Handlungsoptionen in einer globalisierten Wirtschaft. Europa droht, zur wirtschaftlichen Residualgröße auf der Erde zu werden. Während wir heute mit der Wirtschaft auch westlich geprägte Gesellschaftswerte exportieren, würden wir morgen zum Importeur von Werten, die uns in anderen Teilen der Welt derzeit noch exotisch erscheinen.

Drittens müssen die Anpassungslasten des demographischen Wandels in einer veränderten Form den verschiedenen sozialen Gruppen der Bevölkerung aufgebürdet werden. Während Renten-, Pflege- und Krankenversicherung heute auf dem generationen- und risikenübergreifenden Solidarverständnis beruhen, verabschieden sich immer mehr Menschen absichtlich aus dieser Solidarversicherung, ohne sich Gedanken darüber zu machen, welche Folgen dies für die nächste Generationen haben wird. Die Sozialversicherungen sind derzeit nicht generationengerecht.

Nachteile beseitigen

Die Neuausrichtung der Politik muss sich vor allem in Süd- und Mitteleuropa auf eine nachhaltige Familienpolitik konzentrieren – das fordert auch Prof. Hans Bertram als Koordinator des aktuellen Familienberichtes der Bundesregierung. Nachhaltige Familienpolitik und die generationengerechte Anpassung der sozialen Sicherungssysteme – das heißt: Garantie der umfassenden, gleichberechtigten Teilhabe von Familien und Kindern an Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Es geht nicht um das Gewähren von Vorteilen, sondern um die Beseitigung bestehender Nachteile.

Diese neue politische Querschnittsaufgabe sollte von den in Mittel- und Südeuropa vorliegenden Familien- und Rollenbildern als Basis ausgehen. Man kann den Familien insbesondere dort keine intrafamiliäre Mehrbelastung aufbürden, weil gerade darin in der Vergangenheit die Ursachen für den Geburtenrückgang bestanden. In den Politikfeldern Bildung, Pflege und Rente sollte sich die Politik nicht am Konstrukt der Familie als kleinster rechtlicher Einheit, sondern am Individuum orientieren. Dies hätte beispielsweise zur Folge, dass Kinder später neben ihren eigenen Beiträgen zur Pflegeversicherung nicht auch noch Pflegekosten der Eltern tragen müssen, oder aber umgekehrt, dass Eltern später nicht – wie dies derzeit in Deutschland durch die gegenseitige Unterhaltspflicht implizit vorgegeben ist – die Studiengebühren ihrer Kinder zu zahlen haben.

Familienpolitik ist keine Privatangelegenheit. Europa tut gut daran, dieser Erkenntnis Taten folgen zu lassen.



Kontakt:

Dr. Ole Wintermann

0 52 41 / 81 81 232

📧 ole.wintermann@bertelsmann.de

Frühwarnsystem und Informationsplattform für Kommunen

Wegweiser Demographischer Wandel

Der demographische Wandel wird die Kommunen in Deutschland stark beeinflussen. Schon jetzt gibt es in vielen Städten und Gemeinden spürbare Veränderungen – in wachsenden Kommunen genauso wie in schrumpfenden. Die Entwicklung der Kommunen erfolgt dabei völlig unterschiedlich – gemeinsam ist allen Städten und Gemeinden die zunehmende Alterung. Mit dem „Wegweiser Demographischer Wandel“ gibt die Bertelsmann Stiftung allen Kommunen Deutschlands mit mehr als 5000 Einwohnern ein Frühwarnsystem an die Hand. Die Informationsplattform bietet Anregungen und Entscheidungshilfen.

In jeder Stadt und jeder Gemeinde sind spezifische Konzepte zur Gestaltung der demographischen Entwicklung gefragt, um auf die Zukunftsfähigkeit der Kommune gezielt Einfluss zu nehmen. Allgemein gültige Lösungen gibt es nicht. Gleichwohl stellen sich für die Verantwortlichen in den Kommunen unter den Vorzeichen von Bevölkerungswachstum, Stagnation oder Schrumpfung ähnliche Fragen:

- Wie stellt sich die Ausgangslage zur demographischen Entwicklung in den Kommunen dar? Wie zukunftsfähig sind die Städte und Gemeinden?
- Wie lässt sich ihre soziale und technische Infrastruktur an die absehbaren Entwicklungen anpassen?
- Welche Auswirkungen auf das Miteinander der Generationen hat der demographische Wandel?
- Welche Handlungsfelder haben bei der Gestaltung des demographischen Wandels für die Kommunen höchste Priorität?

Der Wegweiser Demographischer Wandel

Damit Kommunen diese Fragen beantworten können, hat die Bertelsmann Stiftung in ihrem Projekt „Aktion Demographischer Wandel“ den Wegweiser Demographischer Wandel entwickelt. Mit dem Wegweiser werden in einem bundesweit bislang einzigartigen, für jedermann frei zugänglichen Online-Portal demographische und sozioökonomische Daten von jeder deutschen Kommune mit mehr als 5000 Einwohnern bereitgestellt. Insgesamt erhalten damit 2959 Städte und Gemeinden, in denen 85 Prozent der Gesamtbevölkerung Deutschlands leben, Informationen über ihre demographische Entwicklung. Der Wegweiser lässt sich als Frühwarn- und Informationssystem für Kommunen nutzen, die den demographischen Wandel aktiv gestalten wollen.



Der Wegweiser bietet nicht nur Zahlen, Daten und Fakten, sondern auch konkrete Handlungsempfehlungen. Sie betreffen sowohl unterschiedliche Demographietypen als auch kommunale Herausforderungen in den verschiedenen kommunalen Handlungsfeldern wie Seniorenpolitik, Integration etc.

Bausteine des Wegweisers

Für jede Kommune stellt der Wegweiser Daten zur Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2020 bereit. Dazu kommen insgesamt 52 Indikatoren zu den Politikfeldern Wirtschaft und Arbeit, Soziale Lage und Wohnen. So können sich die Nutzer des Wegweisers zum Beispiel darüber informieren, welche Bedeutung die Kommune als Arbeitsort hat, wie hoch der Anteil der Hochqualifizierten und wie groß die durchschnittliche Kaufkraft der privaten Haushalte in der Kommune ist. Basis für diese Informationen sind die Daten der statistischen Landesämter, der Bundesagentur für Arbeit und der Gesellschaft für Konsumforschung.

Zur Einschätzung der Bevölkerungsentwicklung bietet der Wegweiser für jede betrachtete Kommune eine kleinräumige Bevölkerungsprognose bis zum Jahr 2020. Es liegen nicht nur Daten zur Gesamtentwicklung der Bevölkerung, sondern auch zur

Entwicklung der jeweiligen Altersgruppen bis zum Jahr 2020 vor – beispielsweise die Zahl der Hochbetagten mit mehr als 80 Lebensjahren.

Mit dem Wegweiser ist es möglich, für die Städte und Gemeinden individuelle Demographieberichte zu erstellen. Alle Daten stehen als Download bereit und können – auch im Vergleich mit anderen Kommunen – adressatenorientiert aufbereitet und kommuniziert werden. Mit einem Klick lässt sich der Standard-Demographiebericht einer Kommune beschaffen.

16 Demographie-Typen

Der Wegweiser enthält umfangreiches Datenmaterial, das den Nutzern kommunenspezifisch aufzeigt, welche konkreten Handlungsansätze aus Expertensicht für die weitere Entwicklung der Kommune Priorität haben sollten. Dazu wurden die 2959 Kommunen mit Hilfe eines Typisierungsverfahrens auf Basis ausgewählter Indikatoren in unterschiedlichen Demographietypen gruppiert (Cluster-Analyse). Die insgesamt 16 Demographietypen – zum Beispiel der Typ „Suburbane Wohnorte mit rückläufigen Wachstumserwartungen“ – wurden danach analysiert.

Anschließend hat die „Aktion Demographischer Wandel“ der Bertelsmann Stiftung gemeinsam mit einem Expertennetzwerk aus Wissenschaft und Praxis für jeden dieser Demographietypen konkrete Handlungsempfehlungen erarbeitet, die jeder Nutzer herunterladen kann.

Ziele des Wegweisers

Der Wegweiser will die demographische Entwicklung in den deutschen Kommunen transparent machen. Da diese Betrachtung nicht von der Gesamtentwicklung der Kommune abgekoppelt werden kann, stehen neben den demographischen auch sozioökonomische Daten zur Verfügung. Auf dieser Grundlage ist es möglich, die Ausgangslage der Kommunen im Detail aufzuarbeiten, zentrale Herausforderungen zu erkennen und diese auch zu kommunizieren.

Ziel ist es, die Kommunen anzuregen, gemeinsam mit den verantwortlichen Akteuren die Zukunft in den Blick zu nehmen und auf Basis der Daten, aber auch der Handlungsanregungen konkrete Konzepte und Umsetzungsideen zu entwickeln, um den demographischen Wandel zu gestalten.

Alle Informationen unter www.wegweiserdemographie.de



Kontakt:

Kerstin Schmidt
0 52 41/81 81 183
✉ kerstin.schmidt@bertelsmann.de



Carsten Große Starmann
0 52 41/81 81 228
✉ carsten.grosse-starmann@bertelsmann.de



Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
Wegweiser Demographischer Wandel 2020
Analysen und Handlungskonzepte
für Städte und Gemeinden
2006, 206 Seiten, Broschur, inkl. Poster
Euro 20,-/sFr. 35,10
ISBN: 3-89204-875-4

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)
**Demographie konkret –
Seniorenpolitik in den Kommunen**
2006, 100 Seiten, Broschur
Euro 18,-/sFr. 31,90
ISBN: 3-89204-860-6

Dithmarschen und Schwalm-Eder-West

Auf dem Weg in die Zukunft



Für den Kreis Dithmarschen ist Familienfreundlichkeit ein wichtiger kommunaler Standortfaktor.

Wenn die Zukunftsfähigkeit der Kommunen gewährleistet bleiben soll, müssen sie jetzt handeln. Dabei gilt es mitzubedenken, dass der demographische Wandel bei aller Veränderung die historisch seltene Chance eines umfassenden Innovationsprozesses für die Gesellschaft birgt. Die Kommunen sind deshalb gefordert, verstärkt auch die Chancen und Potenziale einer lebenswerten Zukunft zu erkennen und sie ganz bewusst zu nutzen. Die Kreise Dithmarschen in Schleswig-Holstein und Schwalm-Eder-West in Nordhessen haben sich bereits auf den Weg gemacht.

Beispiel Kreis Dithmarschen – Land am Meer

Der Kreis Dithmarschen ist ein stark ländlich geprägter Raum an der Westküste Schleswig-Holsteins, gehört aber trotz ländlicher Struktur zur Metropolregion Hamburg. Anders als in den Randkreisen Hamburgs kennzeichnet der demographische Wandel diesen Kreis durch eine bis zum Jahr 2020 abnehmende Bevölkerung. Es werden deutlich weniger Kinder und Jugendliche im Kreis leben als heute. Gleichzeitig wird das Durchschnittsalter so ansteigen, dass die Hälfte der Bevölkerung dann älter als 50 Jahre sein wird.

Familien, Bildung und Senioren im Fokus

Landrat Dr. Jörn Klimant hat die Bedeutung des demographischen Wandels für den Kreis Dithmarschen frühzeitig erkannt. So wurden mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung Handlungsschwerpunkte für den Kreis Dithmarschen erarbeitet, in Zukunftsforen mit Akteuren aus Politik, Verwaltung und Bürgerschaft konkretisiert und in eine Gesamtstrategie eingeordnet. Folgende Handlungsfelder haben im Kreis Dithmarschen Priorität:

- **Sensibilisierungsoffensive „Familienfreundliches Dithmarschen“**
Familienfreundlichkeit ist ein wichtiger kommunaler Standortfaktor, der von den Akteuren in Politik, Vereinen, Verbänden etc. noch stärker verinnerlicht und in der Folge auch konkretisiert werden soll. Dazu wird in allen Gemeinden des Kreises die subjektive Familienfreundlichkeit erhoben und in konkrete Handlungsbedarfe überführt.

- **Kita-Region Dithmarschen**
Ziele sind die Qualifizierung und Vernetzung der Kindergartenangebote im Kreisgebiet.

- **Pflege-Netzwerke**
Die unterschiedlichen Formen der Pflege – von der stationären über die ambulante bis zur häuslichen Pflege – erfordern angesichts der wachsenden Zahl von Senioren ein engmaschiges Netzwerk, bei dem auch das Ehrenamt intensiv eingebunden wird. Im Kreis Dithmarschen wird dazu ein regionales Pflege-Netzwerk mit lokalem Bezug zu den kreisangehörigen Gemeinden aufgebaut.

- **Bildungsoffensive Dithmarschen**
Angesichts zurückgehender Schülerzahlen strebt der Kreis verstärkt Schulkooperationen an; sowohl innerhalb einer Schulform als auch schulformübergreifend gibt es erste Umsetzungsbeispiele. Auch die Schulinfrastruktur des Kreises soll neu ausgerichtet und das qualitative Bildungsangebot weiter verbessert werden.

Die priorisierten Handlungsschwerpunkte und Projektansätze will die Kommune in themenbezogenen Zukunftsforen erarbeiten.

Beispiel Zweckverband Schwalm-Eder-West

Zum Zweckverband Schwalm-Eder-West gehören die Kommunen Bad Zwesten, Jesberg, Neuental, Wabern und Borken in Nordhessen. Landschaftlich wunderschön gelegen, kämpfen die Kommunen des Zweckverbandes seit Jahren gegen abnehmende Bevölkerungszahlen. Prognosen zufolge wird die Bevölkerung zwischen 2002 und 2020 um bis zu 16 Prozent schrumpfen. Ursache ist neben dem Rückgang der Geburtenzahlen der Wegzug der jungen Bevölkerungsgruppen, wenn das Erwerbsleben beginnt. Ein intensiver Strukturwandel trat seit den neunziger Jahren mit dem Ende des Braunkohlebergbaus und der Schließung des Kraftwerkes in Borken ein – damals gingen mehr als 2000 Arbeitsplätze verloren.

16 Impuls-Projekte

Zurzeit führt der Zweckverband Schwalm-Eder-West eine Abwanderungsbefragung durch. Erste Ergebnisse besagen: Der überwiegende Teil der Abwanderer zieht wegen der Arbeitsplätze fort, bleibt aber in Nordhessen nahe Kassel wohnen. Grund genug also, Strategien zu durchdenken, um zumindest einen Teil der Bevölkerung zu halten. Denn: Schrumpfung der Kommune ist nicht

gleichbedeutend mit Untergang. Es gibt Möglichkeiten, sich auf die neue Zukunft einzustellen und Chancen zu ergreifen. Auf diesen Weg hat sich der Zweckverband bereits vor zwei Jahren begeben und im Rahmen des Förderprogrammes „Stadtumbau West“ insgesamt 16 Impulsprojekte gestartet. Drei Beispiele:

- **Seniordienstleistungszentrum in Jesberg**

Im Ortsteil Jesberg fällt in Kürze der Startschuss für den Bau eines Dienstleistungszentrums für Senioren im Schlosschen Jesberg. Alle Serviceleistungen für Senioren von Sportangeboten für die „50 plus-Generation“ bis hin zu altengerechten Wohnungen sollen hier gebündelt werden.

- **Planspiel Abriss und Neubau in der Altstadt Borken**

Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs in der Stadt Borken (Hessen) stehen bereits Wohnungen und Geschäfte leer. Durch den Abriss alter Wohnbestände und den Neubau seniorengerechter Wohnungen sollen hier neue Akzente in der Altstadt gesetzt werden, um wieder mehr Lebendigkeit und urbanes Leben in der Altstadt zu erreichen. Auch Abriss ohne Neubau ist kein Tabu mehr.

- **Familienfreundliches Dorf**

Kinder- und Familienfreundlichkeit zu fördern, ist in ländlichen Gegenden eine Herausforderung. Wenn es zum Beispiel darum geht, Betreuungszeiten auszuweiten, ist viel Überzeugungsarbeit zu leisten. Im Zweckverband Schwalm-Eder-West laufen zwei Modellprojekte, in denen untersucht wird, wie Kinder- und Familienfreundlichkeit dem Leben im Dorf zugute kommen.

Der Zweckverband setzt dabei vor allem auf die Qualität der Bildungs- und Betreuungseinrichtungen und möchte damit diejenigen in der Region halten, die jetzt dort wohnen. Christoph Bachmann von der kommunalen Projektgruppe sagt dazu: „Ganztagesbetreuung ist auf dem Land noch ein völliges Entwicklungsthema. Aber wenn wir es wirklich wollen, dann schaffen wir es.“

 www.dithmarschen.de
www.schwalm-eder-west.de

Demographie-Trainings für kommunale Entscheider

Fit für den Wandel

Der demographische Wandel ist für die Städte und Gemeinden ein Thema mit hoher strategischer Bedeutung, denn in den Kommunen werden die Auswirkungen am stärksten zu spüren sein. Die Bertelsmann Stiftung möchte die Verantwortlichen in der Kommunalpolitik und im kommunalen Management für die Herausforderungen der demographischen Veränderungen stärken.

Eine Befragung durch infas Sozialforschung, die von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegeben war, bestätigt: 77 Prozent der kommunalen Entscheider nannten das Thema „Demographischer Wandel“ als wünschenswerten Fortbildungsinhalt. Aus diesem Grund wurde gemeinsam mit erfahrenen Trainern das „Demographie-Training für kommunale Entscheider aus Politik und Verwaltung“ entwickelt.

Praxisorientierung

Die Demographie-Trainings umfassen drei aufeinander aufbauende Module, bei denen Praxisorientierung und Umsetzbarkeit der Inhalte im Vordergrund stehen. Das erste Modul will die kommunalen Entscheider für das Thema sensibilisieren, das zweite Modul zeigt die kommunalen Handlungsfelder im Kontext der demographischen Veränderungen auf und gibt konkrete Hilfestellungen zur Gestaltung der Folgen. Das dritte Modul thematisiert die strategische Umsetzung in der kommunalpolitischen Alltagswirklichkeit. Bis zum Sommer 2006 wird die Stiftung Partnerschaften mit erfahrenen kommunalen Fortbildungsinstitutionen eingehen - dann kann das Qualifizierungsangebot gebucht werden.

Train the trainer

Kernaktivität der Stiftung wird die Qualifizierung von Trainern sein. Sobald die Gespräche mit den Fortbildungsinstitutionen in ausgewählten Bundesländern abgeschlossen sind, entsenden die Institute ihre Trainer in einen zentralen Workshop der Stiftung. Dort findet der Wissenstransfer zu den Demographie-Trainings statt, unterstützt durch ein passgenaues Trainerhandbuch.

Die Trainer erhalten abschließend ein Zertifikat. Außerdem wird die Stiftung jährlich ein- bis zweitägige Workshops, so genannte „Fresh-ups“ anbieten. Wie zufrieden die kommunalen Entscheider mit dem Demographie-Training sind, wird mittels Befragungen am Ende der Kurse evaluiert.



Weitere Angebote

Die Demographie-Trainings bilden den Auftakt zu weiteren Trainings-Angeboten für kommunale Entscheider. Dabei stehen die relevanten, zukunftsorientierten Aufgaben der Städte und Gemeinden im Mittelpunkt. Interessierte kommunale Entscheider können sich an Andreas Mittrowann wenden.



Kontakt:

Andreas Mittrowann

0 52 41/81 81 192

✉ andreas.mittrowann@bertelsmann.de



Pilotprojekt in sechs Kommunen

Neues Altern

Die Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung sind eindeutig: Die Anzahl der jungen Menschen wird in den meisten Kommunen Deutschlands sinken, die Anzahl der älteren Menschen – insbesondere der über 80-Jährigen – wird überproportional steigen. Die Bertelsmann Stiftung will mit ihrem Projekt „Neues Altern in der Stadt“ Kommunen und Bevölkerung dabei unterstützen, Lösungen für die Zukunftsprobleme zu finden.

Da Deutschlands Städte und Gemeinden in der Regel keine vernetzte Altenplanung haben und Seniorenpolitik nicht als kommunale Pflichtaufgabe verstanden wird, fehlen in den meisten Kommunen geeignete Sozialplanungsverfahren und -instrumente. Die Folge: ein Mangel an wirksamen, vernetzten, auf das Lebensumfeld älterer Menschen ausgerichteten Sozial- und Hilfebeziehungen. Angesichts der demographischen Alterung der Gesellschaft, der zunehmenden

Singularisierung und der engen finanziellen Handlungsspielräume in den Kommunen werden diese Probleme künftig noch wachsen und die Lebensqualität nicht nur jüngerer Menschen verschlechtern, wenn hier keine wirksamen Konzepte umgesetzt werden.

Kommunen handlungsfähig machen

Um die Kommunen handlungsfähiger zu machen und die Lebensqualität der Einwohner nachhaltig zu verbessern, hat die Bertelsmann Stiftung das Projekt „Neues Altern in der Stadt“ (NAIS) gestartet. Es wird zunächst sechs Pilotkommunen – Altena, Bruchsal, Eschwege, Glauchau, Hamm und Stuhr – beim Planen und Implementieren einer demographisch verantwortungsvollen Politik unterstützen.

Ob verbesserte Wohnsituation, Gesundheitsförderung oder die Situation älterer Migranten: Kommunale Entscheidungsträger, Ansprechpartner in der Verwaltung, in Unternehmen, Verbänden und Vereinen sowie Bürger sollen einbezogen werden, wenn es darum geht, die – regional sehr unterschiedlichen – Projektziele festzulegen. Voraussetzung ist, dass dem Konzept eine positive Vision älterer Menschen – und kein defizitäres Altenbild – zugrunde liegt: eines von Menschen, deren spezifische Kompetenzen und Potenziale dem Gemeinwesen zugute kommen.

Planung, Szenario und Umsetzung

In der Analysephase wird zunächst zusammen mit der Forschungsgesellschaft für Gerontologie e.V. in Dortmund und der Universität Heidelberg ein Instrumentarium entwickelt, das die Kommunen in die Lage versetzt, vorhandene Daten zu analysieren, weitere Daten zu generieren und die spezifischen Probleme des demographischen Wandels vor Ort transparent zu machen.

Anschließend werden in den Kommunen Handlungskonzepte und Projekte erarbeitet und in einer zwölfmonatigen Aktionsphase implementiert. Der gesamte Projektverlauf – einschließlich der Prozesse und Ergebnisse – wird am Schluss ausgewertet und evaluiert. In einem Handbuch sollen die verschiedenen Methoden und Konzepte publiziert und der kommunalen Politik zur Verfügung gestellt werden.



Kontakt:

Birgit Ottensmeier
0 52 41 / 81 81 205

✉ birgit.ottensmeier@bertelsmann.de

🌐 www.aktion2050.de

Bündnis für Gemeinwesen

Soziales neu gestalten

Die meisten älteren Menschen möchten so lange wie möglich selbstständig in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Selbstbestimmtes Wohnen und Leben im Alter – auch bei Pflegebedürftigkeit –, verbunden mit der demographischen und sozialen Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland, muss zu Konsequenzen bei der Wohnungs- und Pflegepolitik führen.



**NETZ
WERK** soziales
neu
gestalten

Zukünftig wird es immer wichtiger, vorrangig Wohn- und Hilfsangebote für pflege- und hilfsbedürftige Menschen im normalen Wohnumfeld zu verankern. Es gilt, Wohnraum für alle Lebenslagen zu schaffen, ausgerichtet auf die individuellen Lebens- und Bedürfnislagen der betroffenen Menschen, als Alternative zum Heim.

Angesichts dieser Entwicklungen haben sich sechs gestaltungsstarke Akteure der Sozialwirtschaft zum „Netzwerk: Soziales neu gestalten“ zusammengeschlossen. Partner des Netzwerkes sind: Bertelsmann Stiftung, Bremer Heimstiftung, Stiftung Liebenau, die Kölner Caritas-Betriebsführungs- und Trägergesellschaft mbH (CBT), das Evangelische Johanneswerk e.V. in Bielefeld und die Bank für Sozialwirtschaft, Köln.

Ziel dieses Bündnisses ist es, auf Basis von Projekterfahrungen und internationalen Recherchen die politische Debatte als Impulsgeber zu begleiten. Gemeinsam fordern die Akteure, der zunehmenden Überregulierung im Sozialbereich entgegenzuwirken und die primären Hilfeleistenden in Familien und Nachbarschaft zu stärken.

Alle Netzwerkpartner teilen die Überzeugung, dass soziale Leistungen für die Zukunft nur gesichert werden können, wenn sie sich von Werten wie Solidarität, Subsidiarität, Wettbewerb und bürgerschaftlicher Eigenverantwortung leiten lassen. Eine Haltung, die auf diesen Werten basiert, stiftet letztlich auch bei den Menschen mehr Sinn als Versorgungsansprüche und Konsum sozialstaatlicher Leistung.



Kontakt:

Gerhard Krayss

0 52 41 / 81 81 336

✉ gerhard.krayss@bertelsmann.de

🌐 www.aktion2050.de



Carl Bertelsmann-Preis 2006:

Älter werden – aktiv bleiben

Als rohstoffarmes Land ist Deutschland darauf angewiesen, die Potenziale jedes Einzelnen zu fördern und zu nutzen. Für Menschen im fortgeschrittenen Erwerbsalter geschieht dies jedoch – auch in Folge der geringen wirtschaftlichen Dynamik – nicht in ausreichendem Maße. Durch Frühverrentung werden die Potenziale älterer Arbeitnehmer inaktiviert; fehlende Arbeitsplatzangebote erschweren Älteren die berufliche Reintegration.

Die Rahmenbedingungen sind nicht dazu geeignet, gemeinschaftsbezogenes Engagement während und nach der Erwerbsphase als „Normalfall“ zu fördern. Angesichts der demographischen Entwicklung ist diese Situation weder tragbar für die persönliche Lebensgestaltung noch für die Zukunftsfähigkeit der sozialen Sicherungssysteme. Daher widmet die Bertelsmann Stiftung den diesjährigen Carl Bertelsmann-Preis dem Thema „Älter werden – aktiv bleiben. Beschäftigung in Wirtschaft und Gesellschaft“.

Die Bertelsmann Stiftung will dazu beitragen, einen Paradigmenwechsel zu forcieren, der einer Differenzierung und Verlängerung von Beschäftigungsbiografien Vorschub leistet. Sowohl in der Politik als auch bei den Tarifpartnern, in den Unternehmen und bei jedem Einzelnen muss ein Umdenken erfolgen. Denn Arbeit hat neben der Funktion der Existenzsicherung auch ein Sinn stiftendes Element und fördert den sozialen Zusammenhalt. Gesellschaftlich muss es darum gehen, den Weg zu einer „Tätigkeitsgesellschaft“ vorzuzeichnen, in der älter werdende Menschen einerseits wieder stärker in die Arbeitswelt integriert werden und andererseits ihre Talente in der nachberuflichen Sphäre selbstverständlicher als heute für ein gemeinschaftsbezogenes Engagement genutzt werden.

Der diesjährige Carl Bertelsmann-Preis will gute Beispiele hervorheben, die zeigen, wie Produktivitätspotenziale optimal genutzt und Erwerbsbiografien sinnvoll gestaltet werden können: beispielsweise wenn Versorgungs-, Gemeinschafts- und Eigenarbeit in Kombination mit der Erwerbsarbeit als Werte schaffende Beschäftigung umgesetzt werden und wenn es durch geeignete Rahmenbedingungen ermöglicht wird, alle Tätigkeitsformen lebenslang, nebeneinander und in wechselnder Intensität zu verwirkli-

chen. Erwerbsarbeit und bürgerschaftliches Engagement – inhaltlicher Kern des Carl Bertelsmann-Preises 2006 – sind somit zwei Seiten derselben Medaille, die da heißt: Werte schaffende Beschäftigung – ein Leben lang.

Der Carl Bertelsmann-Preis, dotiert mit 150000 Euro, geht auf den Stifter Reinhard Mohn zurück. Seit 1988 wird der Preis jährlich an Staaten, Institutionen oder Unternehmen verliehen, die sich durch beispielhafte Lösungen für zentrale gesellschaftspolitische Herausforderungen auszeichnen.



Kontakt:

Dr. Jens Prager
0 52 41/81 81 544
📧 jens.prager@bertelsmann.de



André Schleiter
0 52 41/81 81 262
📧 andre.schleiter@bertelsmann.de

Reform der Alterssicherung

Selbst in der Pflicht

Die umlagefinanzierte Gesetzliche Rentenversicherung (GRV) in Deutschland ist besonders vom demographischen Wandel betroffen. Während heute etwa 3,8 Menschen im erwerbsfähigen Alter zwischen zehn und 64 Jahren auf einen Menschen im Rentenalter kommen, wird sich dieses Verhältnis bis zum Jahr 2030 auf etwa 2:1 verschlechtern. Dass damit die Finanzierung der GRV massiv unter Druck gerät, liegt auf der Hand. Auch wenn sich Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern erst relativ spät angesprochen hat, dieses Problem anzugehen, so hat sich – beginnend mit der Rentenreform von 2001 – doch einiges in Sachen Zukunftssicherung getan.

Kommentar von Eric Thode,
Projektmanager Wirtschafts- und Sozialstandort Deutschland

Noch in den neunziger Jahren galt die Gesetzliche Rentenversicherung als einzige tragende Säule der Alterssicherung. Betriebliche und private Altersvorsorge waren für die überwiegende Zahl der Rentner allenfalls ein Zubrot. Es zeichnete sich jedoch ab, dass das Absicherungsniveau in der GRV von durchschnittlich 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens nicht mehr lange zu halten sein wird: Um den Beitragssatz nicht deutlich über 20 Prozent steigen zu lassen und dadurch die beschäftigungsschädlichen Lohnnebenkosten weiter in die Höhe zu treiben, blieb nur, das Sicherungsniveau zu senken sowie parallel dazu der zweiten und dritten Säule mehr Tragkraft zu verleihen. Mit dem Einführen der Riester-Förderung im Jahr 2001 für betriebliche und private Vorsorge wurde eine etwas breitere Grundlage für die Alterssicherung geschaffen.

Der Nachhaltigkeitsfaktor ...

Obwohl diese Reform zwar den Paradigmenwechsel brachte, konnte sie den drohenden, demographisch bedingten Beitragssatz-Anstieg nicht im nötigen Ausmaß bremsen. Als Reaktion hat mit der Rentenreform 2004 der so genannte Nachhaltigkeitsfaktor Einzug in die Rentenformel gehalten. Er berücksichtigt das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Rentnern. Nimmt im Zuge der demographischen Entwicklung die Zahl der Rentner stärker zu als die der Beitragszahler oder verringert sich bei steigender Arbeitslosigkeit die Zahl der Beitragszahler, fällt die Rentenanpassung automatisch geringer aus. Damit war der nächste große Schritt auf dem Weg zu einer modernen Rentenversicherung getan: weg von festen Leistungszusagen, hin zu – prinzipiell – stabilen Beitragssätzen.

... und der Nachholfaktor

Es wäre sogar denkbar, dass eine besonders ungünstige Entwicklung Rentenminderungen zur Folge hat. Hier hat der Gesetzgeber allerdings einen Riegel vorgeschoben: Unmittelbare Kürzungen sind aus sozialpolitischen Gründen nicht möglich. Damit wächst aber das Rentenvolumen langfristig immer noch zu stark, um den Beitragssatz-Anstieg im Zaum zu halten. Aus diesem Grund soll der so genannte Nachholfaktor den Nachhaltigkeitsfaktor ergänzen. Der Nachholfaktor wird dafür sorgen, dass es auch in Zeiten günstiger Beitragsentwicklung keine Rentensteigerung gibt, wenn im Jahr zuvor eine Rentenkürzung notwendig gewesen wäre. Rentenkürzung und Rentensteigerung werden also gegeneinander verrechnet.

Dass all diese Reformen zu deutlichen Einbußen beim gesetzlichen Rentenniveau führen, ist nicht nur unvermeidlich, sondern erklärtes Ziel der Politik, um die langfristige Tragfähigkeit des Systems sicherzustellen. Bis 2040 wird sich Modellrechnungen zufolge das Sicherungsniveau von 70 Prozent auf ca. 52 Prozent verringern. Damit steht jeder Versicherte selbst in der Pflicht, mit staatlicher Unterstützung die entstehende Lücke durch betriebliche und private Vorsorge zu schließen.



Kontakt:

Eric Thode

0 52 41/81 81 581

eric.thode@bertelsmann.de

Konsolidierung der öffentlichen Haushalte

Vertrauen durch Nachhaltigkeit



Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte hat sich bereits in der Vergangenheit drastisch erhöht. Für die Zukunft ist zu befürchten, dass sich dieser Anstieg beschleunigt fortsetzen wird: zum einen wegen der sinkenden Zahl von Beitrags- und Steuerzahlern, zum anderen wegen der steigenden Anforderungen einer alternden Bevölkerung an die sozialen Sicherungssysteme.

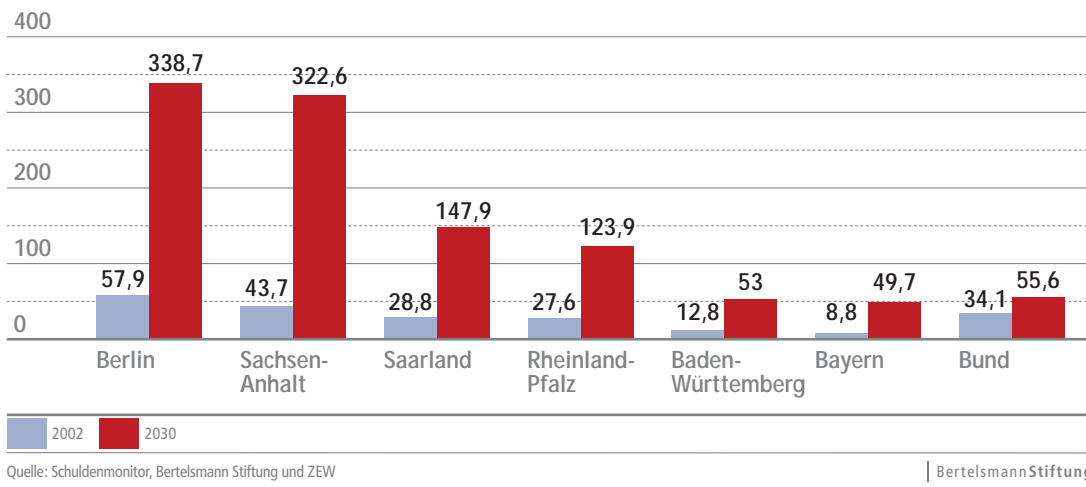
Der Schuldenmonitor der Bertelsmann Stiftung hat gezeigt, dass die Fortführung der bisherigen Finanzpolitik angesichts der zu erwartenden demographischen Entwicklungen zu dramatisch steigenden Schuldenstandsquoten führt. Durch die öffentliche Verschuldung verschieben die jetzt Lebenden finanzielle Belastungen auf die zukünftigen Generationen und schränken damit deren Handlungsspielräume ein – ein Verstoß gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit.

Der Begriff der Generationengerechtigkeit ist seit etwa zehn Jahren Bestandteil der politischen und wissenschaftlichen Diskussion. Frank Nullmeier bietet im Kontext dieser Diskussion eine Definition an, die Grundlage der nachfolgenden Ausführungen ist: „Langfristige Generationengerechtigkeit verlangt die Erweiterung der Handlungs- und Gestaltungsspielräume zukünftiger Generationen, mindestens aber die Sicherung gleicher Chancen auf politische Gestaltung“. Voraussetzung hierfür ist eine ausreichende Ressourcenbasis. Während im Zuge der Nachhaltigkeitsdebatte der Fokus auf den ökologischen Ressourcen liegt, geht es bei der Frage der Generationengerechtigkeit primär um die Finanzpolitik; denn robuste öffentliche Finanzen sind Grundvoraussetzung für die Sicherung der Handlungsspielräume zukünftiger Generationen.

Rechtfertigungsversuche

Diesem Argument wird entgegengehalten, dass die zukünftigen Generationen nicht nur die Verbindlichkeiten ihrer Vorgänger erben, sondern auch die Ansprüche und Forderungen. In diesem Fall ergibt sich aus der öffentlichen Verschuldung keine Belastung der nachfolgenden Generationen. Deren Mitglieder müssen zwar für die Zinsverpflichtungen und Tilgungen der gegenwärtigen Staatsschulden aufkommen. Die Empfänger der Zinsen und Kredittilgungen sind aber auch die zukünftig lebenden Menschen, sodass es sich bei sämtlichen Zahlungen um Transferzahlungen nachfolgender Generationen an sich selbst handelt. →

So wachsen die Schulden



Projektionen der Schuldenstandsquoten in Prozent des Bruttoinlandsproduktes in ausgewählten Bundesländern (inkl. deren Gemeinden) bei Fortführung der gegenwärtigen Haushaltspolitik

Diese Argumentation übersieht jedoch, dass im Zeitalter der globalisierten Finanzmärkte die Gläubiger der öffentlichen Verschuldung auch aus dem Ausland kommen können. Nach dem Monatsbericht der Deutschen Bundesbank befanden sich Ende Juni 2005 rund 45 Prozent der Staatsschuldenscheine in den Händen ausländischer Kapitalanleger. Zukünftige Generationen müssen diese Schulden begleichen, ohne dass ihnen entsprechende Forderungen vererbt werden. Dies stellt eine intergenerative Umverteilung zu Lasten der Zukunft dar.

Schulden keine Zukunftsinvestitionen

Zur Rechtfertigung der öffentlichen Verschuldung wird gern darauf verwiesen, dass die Schulden der Finanzierung von Zukunftsinvestitionen dienen. Wenn zukünftige Generationen von den Investitionen der Gegenwart profitieren, ist es auch gerecht, sie über die Staatsverschuldung an den Kosten dieser Investitionen zu beteiligen. Tatsächlich aber basiert die zunehmende Verschuldung in Deutschland gerade nicht auf steigenden Investitionen. Im Gegenteil: In der Vergangenheit sind die öffentlichen Investitionen zurückgegangen. Betrug sie im Jahr 1970 noch 4,84 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, waren es 1980 nur noch 3,74 Prozent, 1991 lediglich 2,74 Prozent und im Jahr 2004 sogar nur noch 1,39 Prozent.

Durch die Verschuldung der öffentlichen Haushalte kommt es also zu einer Verschiebung finanzieller Belastungen auf zukünftige Generationen, die durch keine positiven ökonomischen Effekte gerechtfertigt ist. Die Staatsschulden erweitern die Handlungsspielräume der gegenwärtigen Generationen zu Lasten der nachfolgenden und verstoßen gegen das Prinzip der Generationengerechtigkeit. Ein rascher Abbau der Staatsverschuldung ist also erforderlich, um die Handlungsspielräume der zukünftigen Generationen nicht noch mehr einzuengen.

Lösungsansätze zur Haushaltskonsolidierung

Ein europäischer Vergleich der öffentlichen Schuldenstände zeigt, dass eine Reduzierung durchaus möglich ist. Beispiele sind die Wohlfahrtsstaaten Dänemark und Schweden: Seit 1996 bzw. 1997 weisen sie positive Finanzierungssalden auf und wandeln diese Überschüsse um in eine Rücklage für anstehende demographisch

bedingte Mehrausgaben. Um auch in Deutschland einen Schuldenabbau und Haushaltsüberschüsse zu erreichen, ist neben der Kürzung der Ausgaben und Leistungszusagen eine Stärkung der Steuereinnahmen notwendig. Da die bisherige Haushaltspolitik hierzu nicht in der Lage war, ist ein neues haushaltspolitisches Konzept mit folgenden Kernelementen erforderlich:

- In einem ersten Schritt muss ein haushaltspolitisches Leitbild definiert werden. Eckpunkte sind unter anderem Generationengerechtigkeit und Demographiefestigkeit.
- In einem zweiten Schritt ist Transparenz über die haushaltspolitische Situation herzustellen. Die Bestandsaufnahme muss auch die künftig zu erwartenden Entwicklungspfade der Einnahmen und Ausgaben einschließen.
- Um die Öffentlichkeit von den Erfolgsaussichten auch unpopulärer Maßnahmen zu überzeugen, sind – drittens – kurzfristige Konsolidierungserfolge notwendig. Zur Identifizierung entsprechender Einsparpotenziale bieten sich Benchmark-Prozesse an.
- Viertens müssen langfristig wirkende Reformvorschläge umgesetzt werden. Hierzu zählen – neben der Identifizierung systematischer Kostentreiber – das Erschließen von Einnahmepotenzialen, das Herstellen von Kostentransparenz und Kostenverantwortung („doppische Rechnungslegung“) sowie institutionelle Reformen wie sanktionierbares Verschuldungsverbot und Koordination der öffentlichen Finanzplanung.



Kontakt:

Dr. Thieß Petersen
0 52 41/81 81 218
📧 thiess.petersen@bertelsmann.de



Dr. Ole Wintermann
0 52 41/81 81 232
📧 ole.wintermann@bertelsmann.de

Aktive Gesundheitsförderung im Alter

Komm-Strukturen, Eigenverantwortung und Berater-Team

Von Ulrike Dapp, Zentrum für Geriatrie und Gerontologie
am Albertinen-Haus, Hamburg

Der Bundesgesundheitsrat verabschiedete 1989 mehrere Voten zur WHO-Strategie „Gesundheit für alle bis zum Jahr 2000“. Dort wurde „gesundes Altern“ beschrieben als das Erreichen eines hohen Lebensalters bei gleichzeitigem Erhalt der physischen, emotionalen und kognitiven Fähigkeiten: Schon in jüngeren Lebensjahren sollten Reserven und Fähigkeiten aufgebaut werden, auf die dann im Alter zurückgegriffen werden kann. Angesichts der aktuellen demographischen und sozialen Entwicklung darf dies jedoch nicht dazu verleiten, die jetzt schon älteren Generationen von präventiven Konzepten auszuschließen.

Für den älteren Menschen bedeutet Gesundheitsförderung, bestehende Reserven auszubauen, verlorene Fähigkeiten wiederzugewinnen und psychosoziale Benachteiligung durch körperliche Einschränkungen zu verhindern. Wir brauchen deshalb gesundheitsfördernde Konzepte für verschiedene Alters- und Zielgruppen.

Das Programm „Aktive Gesundheitsförderung im Alter“, das im Jahr 2005 mit dem Deutschen Präventionspreis von Bertelsmann Stiftung und Bundesgesundheitsministerium ausgezeichnet wurde, leistet hierzu einen Beitrag. Es zielt auf echte Investition in die gesundheitlichen Ressourcen: Gesundheitsförderung und Primärprävention. Angesprochen werden ältere Menschen im Vorruhe- und Ruhestand, die noch selbstständig leben und keine Pflege im Alltag benötigen. Im Unterschied zur Klientel der präventiven Hausbesuche - „Bring-Strukturen“ - fühlt sich die Klientel der „Aktiven Gesundheitsförderung im Alter“ geistig, körperlich und sozial mobil genug, zu einem gesundheitsfördernden Programm in Kleingruppen in ein geriatrisches Zentrum zu kommen („Komm-Strukturen“).

Beraten wird durch ein interdisziplinäres Team von Gesundheitsberatern unter ärztlicher Leitung in den drei Gesundheitsbereichen, die primär der Eigenverantwortung und nachweisbaren Wechselwirkungen unterliegen sowie die individuelle Gesundheit maßgeblich beeinflussen:



- körperliche Aktivität im Alter durch Physiotherapeuten,
- Ernährung im Alter durch Ökotrophologen und
- psychosoziales Wohlbefinden im Alter durch Sozialpädagogen.

In diesem Programm werden verschiedene Ansätze der Gesundheitsförderung und Prävention miteinander kombiniert. Durch Kleingruppen - „Empowerment“ als neuer didaktischer Ansatz - wird die Eigenverantwortung des älteren Menschen zielgerichtet gestärkt. Das interdisziplinäre Gesundheitsberater-Team („interdisziplinärer Ansatz“) vermittelt die Kompetenz für das eigenständige Umsetzen der Maßnahmen.

Als Hilfsmittel für individuelle Beratungen in Kleingruppen dienen speziell strukturierte Instrumente und Informationsmaterialien („verhaltensorientierter Ansatz“ und „Ansatz der Gesundheitsaufklärung“). Das Gesundheitsberater-Team nutzt bestehende personelle und strukturelle Ressourcen des geriatrischen Zentrums. Darüber hinaus werden durch den Kontakt zu Seniorenorganisationen, Sport- und Freizeitvereinen sowie Anbietern kultureller Veranstaltungen weitere wohnortnahe Angebote in einem gesundheitsfördernden Netzwerk empfohlen („verhältnisorientierter Ansatz“). Durch dieses Vorgehen können alle Maßnahmen von dem interdisziplinär arbeitende Gesundheitsberater-Team effektiv koordiniert werden.

Wie erfolgreich ist Hartz IV?

Die so genannte Hartz-Reform erregt die Gemüter der Nation wie kaum ein anderes Thema. Was 2004 als – damals noch seltener – parteiübergreifender Reformaufbruch begann, droht heute zu einem politischen Bumerang zu werden. Insbesondere „Hartz IV“, die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe, sorgt für kritische Diskussionen. Dabei stehen sowohl geringe Vermittlungszahlen und organisatorische Pannen als auch vermeintlich explodierende Kosten bei gleichzeitig gekürzten Leistungsansprüchen im Fokus. Während eine Evaluation von Hartz I bis III inzwischen erfolgt ist, steht sie für Hartz IV noch aus. Die Bertelsmann Stiftung hat nun die Moderation beim Leistungsvergleich der so genannten Optionskommunen übernommen.

In ihren Projekten „Kennzahlenvergleich in Kommunen“ und „Beschäftigungsförderung in Kommunen“ hat sich die Bertelsmann Stiftung schon früh für eine wirkungsorientierte kommunale Beschäftigungsförderung eingesetzt. Ende 2004 reagierte die Stiftung auf die neue Gesetzeslage und erarbeitete ein Kennzahlenset, mit dessen Hilfe die Träger der neuen Grundsicherung in die Lage versetzt werden, anhand steuerungsrelevanter Kennzahlen Leistungsvergleiche anzustellen.

Moderation und Schulung

Der politische Kompromiss zur neuen Grundsicherung hatte im Jahr 2004 zwei unterschiedliche Modelle der Trägerschaft hervorgebracht: Arbeitsgemeinschaften aus Bundesagentur für Arbeit (BA) und Kommunen auf der einen und Optionskommunen, das heißt rein kommunale Träger auf der anderen Seite.

Während die Arbeitsgemeinschaften zukünftig zentral von der BA bewertet werden sollen, sind die Optionskommunen inzwischen auf Empfehlung des Deutschen Landkreistages in einen von der Bertelsmann Stiftung moderierten Leistungsvergleich eingestiegen. Die Stiftung übernimmt dabei die Schulung der kommunalen Mitarbeiter sowie die erste Moderationsrunde des Leistungsvergleiches im Jahr 2006, bevor das Projekt ab 2007 auf eigenen Füßen stehen wird.

18 Kennzahlen

Mit dem vorliegenden Kennzahlenset erhalten die Optionskommunen insbesondere Aussagen über

- den Erfolg ihrer Vermittlungstätigkeit, wobei die Betreuung der Gruppe der unter 25-Jährigen gesondert erhoben wird, und

- die durchschnittlichen Kosten für Lebensunterhalt, Eingliederung in den Arbeitsmarkt und Verwaltung.

Insgesamt vergleichen sich die Optionskommunen anhand von 18 Kennzahlen. Alle Daten werden in einer internetgestützten Datenbank gesammelt und automatisch zu Quartalsberichten verarbeitet.

Von Deutschem Landkreistag, Bundesministerium für Arbeit und Soziales sowie Bertelsmann Stiftung dauerhaft angestrebt ist ein Vergleich auch zwischen Arbeitsgemeinschaften und Optionskommunen. Gerade durch diesen Vergleich erhoffen sich die beteiligten Akteure Erkenntnisse darüber, was eine dezentrale Arbeitsmarktpolitik leisten kann. Im Laufe dieses Jahres werden Bundesministerium, Landkreistag, Bundesagentur und die Bertelsmann Stiftung daher daran arbeiten, die Datenbasis von Optionskommunen und BA zu vereinheitlichen.



Kontakt:

Dr. Kirsten Witte

0 52 41/81 81 030

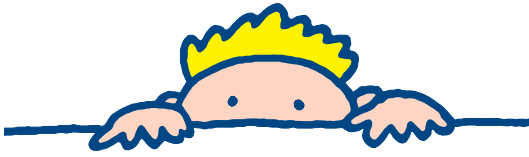
📧 kirsten.witte@bertelsmann.de



Yves Michels

0 52 41/81 81 278

📧 yves.michels@bertelsmann.de



Elternbefragung in Kind & Ko

Kita und Schule brauchen gemeinsames Bildungsverständnis

Was ist Bildung? Beginnt sie erst in der Schule, mit ABC und Einmaleins? Bilden sich Kinder nicht schon lange vorher, zum Beispiel beim Buddeln im Sand, beim Erforschen einer Baumwurzel im Wald oder beim gemeinsamen Singen in der Kita? Sollten Kinder bereits im Kindergarten rechnen und schreiben trainieren oder gar früher eingeschult werden? Eine Elternbefragung des Modellprojektes Kind & Ko und eine Podiumsdiskussion in der Modellkommune Paderborn zeigen, wie unterschiedlich Eltern und die Verantwortlichen in Schulen und Kindertagesstätten denken.

Insbesondere beim Stichwort Schulfähigkeit zeigt sich: Die Profis in einer Kommune müssen enger zusammenarbeiten. Denn gerade in der Phase der Einschulung laufen Kinder in Deutschland noch immer Gefahr, „aussortiert“ und in ihrer Bildungsbiografie zu früh festgelegt zu werden. Um die Bildungschancen eines jeden Kindes tatsächlich zu verbessern, kommt es darauf an, neu über die Definition von Schulfähigkeit nachzudenken. Das Lernen von Kindern darf nicht allein von den Anforderungen der Schule her betrachtet werden, sondern die Bedürfnisse des Kindes an Grundschule, Kindertagesstätte und Umfeld müssen im Mittelpunkt stehen.

Eltern wünschen sich Zusammenarbeit

Kind & Ko ist ein Baustein des Projektes „Kinder früher fördern“. Das kommunale Modellprojekt der Bertelsmann Stiftung, der Heinz

Nixdorf Stiftung sowie der Städte Paderborn und Chemnitz will die Bildungschancen von Kindern verbessern. Es unterstützt die verschiedenen „Profis rund ums Kind“ – von der Hebamme bis zur Grundschullehrerin – darin, sich gemeinsame Ziele zu setzen und an einem Strang zu ziehen.

Zum Thema Übergang Kita – Grundschule führte Kind & Ko eine Elternbefragung durch. 1700 Eltern aus den beiden Kommunen nahmen teil. Die Ergebnisse zeigen zwar, dass viele Eltern mit den Vorbereitungen auf den Schuleintritt in Kita und Grundschule zufrieden sind; aber es hapert an der Zusammenarbeit. Indikatoren dafür sind, dass sich nur 42 Prozent der Eltern an gemeinsame Elternabende zwischen Kita und Grundschule erinnern können. Nur 17 Prozent benennen, dass sie die Klassenlehrerin ihres Kindes schon in der Kita kennen lernten. Dabei ist 90 Prozent der Eltern gerade die Zusammenarbeit zwischen Schule und Kita wichtig. Denn Eltern wollen wissen: Ist mein Kind schulfähig? Was braucht mein Kind für den ersten Tag in der Schule, was wird von ihm erwartet, und wie wird es vorbereitet?

Bildung kennt viele Orte

Es wäre hilfreich, wenn Kita und Grundschule diesen Fragen mit einem neuen gemeinsamen Bildungsverständnis begegnen könnten, das nicht die schulischen Anforderungen in den Mittelpunkt stellt, sondern die Aktivitäten, mit denen Kita und Schule in Zusammenarbeit mit den Eltern den Übergang erleichtern können.

Bisher liegen die Vorstellungen darüber, was Bildung heißt, weiter auseinander, als die Diskussion des Themas Glauben macht. Wenn 70 Prozent der Eltern laut Befragung sagen, Rechnen und Schreiben müssen schon im Kindergarten geübt werden, dann mei-



KiTa-Preis 2006

Vom 2. Mai bis zum 28. Juli 2006 können sich Kindertageseinrichtungen für den KiTa-Preis „Dreikäsehoch“ 2006 der Bertelsmann Stiftung bewerben. Das Thema lautet in diesem Jahr „Jedes Kind mitnehmen – Bildungschancen für Kinder aus sozial benachteiligten Familien“. Gesucht werden Konzepte, die besonders die Kinder mit weniger guten Startchancen und deren Elternhäuser im Blick haben.

Die Bewerbungsunterlagen können Sie von Mai an auf der Internet-Seite www.kinder-frueher-foerdern.de herunterladen oder telefonisch bestellen: 0 52 41 - 81 81 176.

nen sie mit Bildung ABC und Einmaleins. Wenn eine Schulleiterin verlangt, Bildung muss sich an Konzentration, kognitiver Unterscheidungsfähigkeit und Sprachstand orientieren, dann ist für sie Bildung vor allem eins: Unterricht. Wenn eine Fachberaterin für Kitas auf der Podiumsdiskussion von Kind & Ko in Paderborn feststellt, Kinder lernen forschend, neugierig, draußen, drinnen, bewegt und spielerisch, dann bedeutet das: Bildung ist mehr als Unterricht und ABC.

Deshalb hat sich Kind & Ko zum Ziel gesetzt, mit Eltern, Erzieherinnen und Lehrern gemeinsam zu klären: Wie finden wir ein „Bildungsverständnis“, das die Kinder mit ihren Bedürfnissen in den Mittelpunkt stellt? Wir müssen den Übergang zur Schule für Kinder so gestalten, dass jedes Kind mitgenommen wird, dass seine Stärken, seine Neugierde, seine Lernbegeisterung nicht unterdrückt werden, sondern Ausgangspunkt sind für alle Aktivitäten der Erwachsenen. Kooperationsmodelle wie die Berliner Elterninitiative „Das tapfere Schneiderlein“ und die Evangelische Schule Lichtenberg, die mit dem Kitapreis „Dreikäsehoch 2005“ der Bertelsmann Stiftung ausgezeichnet wurden, machen vor, wie es geht.

Worauf kommt es an?

Bei der Kooperation von Kita und Schule gewinnen alle Beteiligten – Kinder, Eltern, Erzieherinnen, Lehrer und Träger. Die Positionen der Bertelsmann Stiftung, die in diesem Projekt erarbeitet wurden, bilden die Grundlage für die geforderte Zusammenarbeit von Kindertagesstätte und Grundschule:

- Das Kind mit seinen Stärken und Bedürfnissen steht im Mittelpunkt.

- Übergänge gestalten ist eine gemeinsame Aufgabe der beteiligten Erwachsenen.
- Eine Partnerschaft zwischen Schule und Kita braucht verbindliche Strukturen.
- Gemeinsame Qualifikationsgrundlagen erleichtern den fachlichen Austausch und die Kooperation.
- Kita und Schule entwickeln und nutzen lokale Kooperationen mit weiteren Einrichtungen.

Exzellente Kooperationsmodelle zwischen Kita und Schule zeigen die Gewinner des „Dreikäsehoch 2005“. Die Dokumentation des Kitapreises sowie die Ergebnisse der Elternbefragung erhalten Sie kostenlos unter www.kinder-frueher-foerdern.de.



Kontakt:

Anette Stein

0 52 41/81 81 274

✉ anette.stein@bertelsmann.de



Claus Stieve

0 52 41/81 81 243

✉ claus.stieve@bertelsmann.de

🌐 www.kinder-frueher-foerdern.de

Wie Frauen das Unmögliche möglich machen



Die Situation erscheint in zweifacher Hinsicht paradox: Auf der einen Seite werden aufgrund des dringend benötigten „Humankapitals“ in Deutschland immer mehr Frauen zu hoch qualifizierten Fachkräften ausgebildet. Trotzdem fasst aber nur ein Teil von ihnen im Arbeitsmarkt Fuß.

Auf der einen Seite betonen Entscheider in Politik und Wirtschaft ständig, wie notwendig Chancengleichheit im Beruf für Frauen und Männer ist. Auch der betriebswirtschaftliche Nutzen wird gern bemüht. Trotzdem gelingt es nach wie vor nur sehr wenigen Frauen, in gehobene und höchste Führungspositionen aufzusteigen. Ihr Anteil lag im Jahr 2002 bundesweit unter 10 Prozent. Im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen sind Frauen in Führungspositionen seltener verheiratet, und sie leben weniger häufig mit Kindern zusammen. Rund 40 Prozent der gegenwärtigen Generation der Akademikerinnen zwischen 35 und 39 Jahren bleibt kinderlos.

Dennoch gibt es - auch in Deutschland - in zunehmender Anzahl Frauen, die mit ihrem Berufs- und Lebensweg auf eindrucksvolle Weise zeigen, dass sich eine berufliche Karriere erfolgreich mit Kindern vereinbaren lässt. Wie haben sie es geschafft, hohe berufliche Verantwortung mit den Anforderungen der Familie in Einklang zu bringen? Welche persönlichen Strategien haben sie gewählt, und was motiviert sie? Welche praktischen Lösungen haben sie gefunden, um einen aufreibenden Alltag zwischen Sitzung und Spielplatz zu organisieren?





Die „Spiegel“-Journalistinnen Anke Dürr (l.) und Claudia Voigt porträtieren in ihrem Buch erfolgreiche Frauen mit Kindern.

In ihrem Buch „Die Unmöglichen - Mütter, die Karriere machen“ porträtieren die Journalistinnen Anke Dürr und Claudia Voigt zusammen mit neun Berufskolleginnen elf erfolgreiche Frauen. Es ist als gemeinsame Veröffentlichung der Bertelsmann Stiftung und des Diana Verlages erschienen und seit März im Buchhandel erhältlich. Wir fragten die Autorin Anke Dürr, welche Erfahrungen sie bei der Recherche gemacht hat. Anke Dürr ist Redakteurin im Kulturressort beim „Spiegel“: 36 Jahre alt, verheiratet, zwei Söhne.

Anke Dürr, was hat Sie motiviert, in diesem Buch zusammen mit Claudia Voigt engagierte und erfolgreiche Frauen zu porträtieren?

Meine Kollegin Claudia Voigt und ich hatten 2003 eine längere Geschichte im „Spiegel“ publiziert. Sie hieß „Wie macht Ihr das bloß?“ und beschäftigte sich mit Frauen, die zugleich Kinder haben und Karriere machen. Wie damals, überlegten wir uns auch im Zusammenhang mit dem Buch, um welche Frauen es hier gehen kann. Nicht, dass wir Frauen verachten, die arbeiten gehen müssen, um sich und ihre Familie durchzubringen. Wir fanden diese studierten Frauen aus der Mittelschicht, die beides haben wollten, Kind und Karriere, am interessantesten. Sie sind in gewisser Weise eine Avantgarde. Insofern hat unsere Haltung den Charakter des Buches deutlich mitbestimmt.

Sie schreiben in Ihrem Vorwort, dass es Sie überrascht hat, wie sehr solche Frauen als Provokation empfunden werden.

Stimmt. Von manchen Männern haben wir zu hören bekommen: Das sind doch Monster, diese Frauen. Diese Männer haben vor allem daran gedacht: Was geschieht, wenn die Kinder krank sind? Besonders ältere Männer haben oft gefragt: Wieso kriegen die überhaupt Kinder, wenn sie nicht den ganzen Tag für sie da sein wollen?

Wie gehen Sie mit diesen Thesen und Gedanken um?

Für mich sind sie Ausdruck tradierter Lebensformen. Es ist noch der Geist der fünfziger und frühen sechziger Jahre, der in solchen Äußerungen spürbar ist. Und es sind ja nicht nur Männer, die so denken, sondern viele Frauen - selbst in unserer Generation.

Derartige Reaktionen haben alle porträtierten Frauen auch erlebt. Wie sind sie damit umgegangen?

Diese Frauen eint in gewisser Weise, dass sie weghören können, wenn hässliche Bemerkungen kommen - beispielsweise beim Stichwort „Rabenmutter“ oder auf dem Spielplatz. Ja, sie brauchen wohl Scheuklappen, um als eine solche „Unmögliche“ leben zu können. Scheuklappen oder ein dickes Fell.

Welche Charaktereigenschaften sind allen interviewten Frauen gemein?

Sie besitzen eine große innere Unabhängigkeit und starken Ehrgeiz. Viele der Frauen haben interessanterweise ganz klare Vorbilder, und zwar nicht nur positive. Ein Leben mit Kindern und Karriere kann auch gewollt sein, weil ein negatives Vorbild existiert - die Mutter zum Beispiel, die sich aufgeopfert hat für die Familie, und klagt. Alle Frauen aber können für sich ganz genau benennen, was es war, das sie zu ihrem Leben gebracht hat. Und alle sind in gewisser Weise sehr pragmatisch und außerordentlich kompromissfähig. Das zeigt sich zum Beispiel im Umgang mit der eigenen Zeit.

Und worin bestanden die größten Unterschiede?

Die Männer, Ehemänner, Väter - sie spielen ganz unterschiedliche Rollen. Das geht vom Hausmann im Falle Käbmann bis zur alleinerziehenden Frau oder einem Paar, in dem der Mann seine eigene Karriere verfolgt. Aber viele Männer stärken der Frau den Rücken, sie bremsen nicht.

Die Fragen stellte Elke Bröder, freie Journalistin, Köln.

Namen und Nachrichten

Mehr Qualität: SEIS macht Schule

Was ist guter Unterricht? Was macht eine gute Schule aus? In vielen Bundesländern müssen Schulen ihre Schulprogrammarbeit und ihre Schulentwicklung evaluieren. Dazu bietet die Bertelsmann Stiftung mit SEIS „Selbst-Evaluation in Schulen“ das entsprechende Evaluationsinstrument an: Qualitätsrahmen und darauf abgestimmte Fragebogen für Schüler, Eltern, Lehrer sowie nicht-pädagogische Mitarbeiter und Ausbilder in Berufsschulen, dazu eine internetgestützte Auswertungs-Software.

SEIS kommt an: In allen Bundesländern nutzen derzeit insgesamt 1225 Schulen das Evaluationsinstrument. Zusammen mit Ministerien und Landesinstituten bietet die Bertelsmann Stiftung den Schulen, die sich zum ersten Mal selbst evaluieren wollen, begleitende Workshops an.

www.das-macht-schule.de



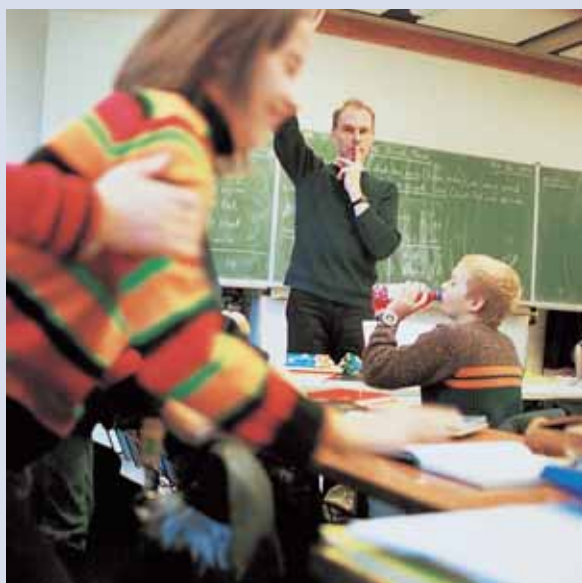
Christof Eichert im Fachausschuss Bildung der deutschen UNESCO

Der Vorstand der deutschen UNESCO-Kommission hat den Leiter des Themenfeldes Bildung, Dr. Christof Eichert, in den Fachausschuss für Bildung berufen. In diesem Ausschuss sind zehn Experten aus Stiftungen, Wissenschaft und Ministerien vertreten. Sie beraten die deutsche UNESCO in den nächsten zwei Jahren und erarbeiten die Grundlinien der deutschen UNESCO-Politik für den Bereich Bildung. Eichert wird insbesondere die Erkenntnisse der Bertelsmann Stiftung zum Arbeitsgebiet „Frühkindliche Bildung und Qualitätsentwicklung“ einbringen.



Helga Boldt in Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“

Als Sachverständige wurde Helga Boldt vom Präsidenten des Deutschen Bundestages erneut in die Enquête-Kommission „Kultur in Deutschland“ berufen. Die Kommission besteht aus elf Bundestagsmitgliedern und elf Sachverständigen und soll im Laufe dieses Jahres Empfehlungen für den Bundestag zu Förderung von Kunst und Kultur erarbeiten. Helga Boldt berät die Bertelsmann Stiftung bei den Themen Kommunen, Bildung und Kultur.



Internet-Portal für Nachwuchswissenschaftler

Ein neues Internet-Portal soll dem Austausch unter Nachwuchswissenschaftlern dienen. Die Website www.hochschulkarriere.de bietet Nachrichten, Hintergrundberichte, Tipps und Termine zur Hochschulkarriere. Das Portal ist eine offene Informations- und Kommunikationsplattform und entstand auf Initiative des CHE Centrum für Hochschulentwicklung, des Deutschen Hochschulverbandes und des Vereins zur Förderung der Juniorprofessur. Wie bei der Online-Enzyklopädie Wikipedia können die Nutzer die Inhalte des Portals verbessern, erweitern und kommentieren. Die Qualität wollen die Initiatoren sichern.

www.hochschulkarriere.de

Europa und die USA brauchen Debatte über eigenes Selbstverständnis



Werte sind der Kern



Kommentar von Annette Heuser, bis Februar 2006
Leiterin des Brüsseler Büros der Bertelsmann Stiftung

Der Streit um die Mohammed-Karikaturen hat im Nahen Osten zu einer Welle von Ausschreitungen geführt. Dänische Bürger, deren Selbstverständnis immer das von friedliebenden Zeitgenossen war, mussten zusehen, wie die Symbole ihres Landes zur Zielscheibe des Hasses auf den Straßen von Damaskus, Beirut und Teheran wurden. Einige amerikanische Zeitungen werteten daraufhin den Karikaturenstreit als Beweis für die Probleme Europas als Einwanderungsgesellschaft.

Unbehagen macht sich breit angesichts der medial transportierten Bilder von brennenden Nationalflaggen und heftig geführten Wortschlachten mit Vertretern des Islam. Denn es geht um viel mehr als um die Frage der Medienfreiheit und des Respekts gegenüber anderen Religionen. Der Karikaturenstreit ist nicht nur ein Lehrstück für die Beziehungen zwischen Europa und der islamischen Welt – er gibt zugleich schonungslos den Blick auf den Zustand der transatlantischen Beziehungen frei.

Unsicherheit über Wertebasis

Die zurückliegenden Turbulenzen zwischen Europa und den USA haben zwar in wichtigen Punkten für Klärung und Klarheit gesorgt; der Kern des Problems aber, die Unsicherheit über die gemeinsame Wertebasis, wurde bislang weiträumig umgangen. Natürlich sehen beide Seiten, dass die Beziehungen nun frei von Pathos in der Realität der Weltpolitik angekommen sind. Die Europäer akzeptieren angesichts der wirtschaftlichen Potenz und der militärtechnischen Überlegenheit der USA die Asymmetrie in den Beziehungen.

Brüssel und die europäischen Hauptstädte haben sich auf eine Administration in Washington eingestellt, die in vielen Fällen zunächst allein handeln will, bevor Abstimmung und Einbindung mit anderen gesucht werden. Hinzu kommt, dass die Europäische Union nach der gescheiterten Verfassung zu einer Außenpolitik verdammt ist, die operativ weit unter ihrem strategischen Anspruch als starker Akteur auf der Weltbühne liegt. Die amerikanische Regierung hat – trotz aller unilateralen Präferenzen – erkannt, dass ein enger Schulterschluss mit den Europäern nicht nur zur finanziellen Lastenteilung, sondern auch zur Legitimität ihrer eigenen Außenpolitik beiträgt.



Allerdings haben die Europäer immer noch keine einheitliche Linie im Umgang mit den Regierenden im Weißen Haus gefunden. Viele EU-Staaten definieren sich nach wie vor in Opposition zu den USA. Auch deshalb wurde der erste Auftritt der deutschen Bundeskanzlerin in der amerikanischen Hauptstadt so groß gefeiert. Dabei hat Angela Merkel „nur“ mit Geschick und Charme weitgehend die außenpolitischen Positionen vertreten, die ihren Vorgänger in Schwierigkeiten gebracht hatten. Merkel setzte taktisch klug auf den Klimawandel der Beziehungen, blieb jedoch hart in der Sache. Sie hat die geheimen CIA-Flüge und die damit verbundenen Foltervorwürfe angesprochen, ohne der Illoyalität gegenüber Amerika bezichtigt zu werden. Dieser unaufgeregte außenpolitische Politikstil der Kanzlerin könnte – unterstützt von anderen europäischen Staaten – eine neue Phase der pragmatischen Kooperation über den Atlantik einläuten.

Zu viel Zurückhaltung

Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass die Debatte um die Karikaturen nicht bei der Frage der Medienfreiheit stehen bleibt. Warum, so muss gefragt werden, fällt es den Politikern in Europa schwer, sich hierzu klar zu äußern? Warum sehen viele Amerikaner die Auseinandersetzung als rein „europäisch-islamisches“ Problem an? Die Antwort liegt auf europäischer Seite in einer fundamentalen Unsicherheit über das eigene Werte- und Religionsverständnis in Verbindung mit politischen Themen. Die Amerikaner hingegen sehen insbesondere auch ihr außenpolitisches Handeln auf die feste Basis von Demokratie und Menschenrechten gestellt.

Was den Europäern an Selbstverständnis gerade im Umgang mit anderen Kulturen oftmals fehlt, scheint bei den Amerikanern im Übermaß vorhanden zu sein. So fielen die europäischen Reaktionen auf die Ausschreitungen im Nahen Osten sehr ausgewogen aus. Herausgestellt wurde zwar das europäische Erbe der Aufklärung. Vermieden wurde hingegen eine klare Betonung der christlichen Wurzeln und Traditionen, die Europa bis heute prägen. Diese Zurückhaltung führt jedoch dazu, dass Europa seine Werte und damit auch seine Position weder nach innen noch nach außen kommunizieren kann.

Dieser Mangel an Selbstverständnis und Selbstvertrauen ist ebenfalls Ursache dafür, dass die Europäer auch im Verhältnis zu den USA nicht so stark auftreten können, wie es eigentlich erforderlich wäre, um unter anderem zu verdeutlichen, dass auch im Kampf gegen den Terrorismus Menschenrechte eingehalten werden müssen.

Gemeinsamen Wertekatalog neu definieren

Aktuell setzt die sich zuspitzende Lage im Atomstreit mit dem Iran Europäer wie Amerikaner gleichermaßen unter Druck. So irrational ein Militärschlag gegen das Regime in Teheran anmuten mag und so unüberschaubar seine Folgen auch sein mögen – niemand kann eine solche Option letztlich ausschließen. Die gemeinsame Wertebasis von Europäern und Amerikanern ist jedoch keineswegs so gefestigt, dass man davon ausgehen kann, dass sie die Folgen eines Angriffes gegen den Iran überstehen würde. Die politische Einigkeit der Europäischen Union würde auf eine harte Probe

gestellt. Der Union der 25 Mitgliedstaaten, ohnehin durch interne Krisen geschwächt, könnte dann nicht nur die politische Spaltung, sondern auch die Auflösung drohen. Die transatlantischen Beziehungen würden ihrerseits irreparabel beschädigt, der Westen als Wertegemeinschaft endgültig der Vergangenheit angehören. Daher ist die ernsthafte Diskussion über das gemeinsame transatlantische Wertefundament die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit der transatlantischen Beziehungen.

Solange Europäer wie Amerikaner eine solche Verständigung umgehen, solange werden sich auch die Beziehungen nur oberflächlich verbessern. Die Transformation von einem pragmatischen hin zu einem auch qualitativ gefestigten Verhältnis kann nur über die Neudefinition des gemeinsamen Wertekataloges erfolgen, der dann in der Praxis auch eingehalten wird. Dann besteht die Chance, dass Europa und die USA mehr sind als nur von Fall zu Fall gemeinsam handelnde Akteure, nämlich tief verbundene Partner.



Werner Weidenfeld

Rivalität der Partner

Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen – Die Chance eines Neubeginns

1. Auflage 2005, 206

Seiten; Broschur

Euro 25,-

ISBN 3-89204-864-9

„Rivalität der Partner“

Europa und Amerika erleben derzeit das Ende der fast fünfzig Jahre geltenden Selbstverständlichkeiten im transatlantischen Verhältnis: Ihre Beziehungen sind in den Sog der weltpolitischen Umwälzungen nach dem 11. September geraten. Auf die neuen Konstellationen müssen Europa und Amerika neue Antworten finden.

Prof. Dr. Dr. h. c. Werner Weidenfeld, Vorstandsmitglied der Bertelsmann Stiftung, hat über viele Jahre – etwa als Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit – transatlantische Politik mitgestaltet und sie zugleich mit dem distanzierten Blick des Politikwissenschaftlers begleitet. In seinem Buch „Rivalität der Partner“ zeigt er die Problemfelder, Herausforderungen und Lösungsansätze für die transatlantische Zusammenarbeit auf.

Sicherheit in der Golfregion fördern

Kooperation bringt Stabilität



Immer wieder Bomben in Bagdad, neue Atombaupläne in Teheran, Angst ums Öl: Die politische Lage in Nahost erfordert ein stärkeres europäisches Engagement in der Region. Seit den Kronberger Gesprächen im Januar 2005 setzt sich die Bertelsmann Stiftung in ihrem Projekt „Europa und der Nahe Osten“ mit der Frage nach Sicherheit und Kooperation der Golfstaaten auseinander. Welche Handlungsoptionen Erfolg versprechen, zeigt der folgende Beitrag auf.

Iran, Irak, Jemen sowie die Mitglieder des Golfkooperationsrates (GCC) Bahrain, Katar, Kuwait, Oman, Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate verfügen über die größten Erdöl- und Erdgasreserven der Welt. Sie haben Finanzkraft für Investitionen in Deutschland und Europa und gewinnen als Absatzmarkt zunehmend an Bedeutung. Das wirtschaftliche Gewicht dieser Staaten hat für die Europäische Union und ihre Mitglieder auch innenpolitische Konsequenzen: Terrorismus und Konflikte, die ihre Wurzeln in der Golfregion haben, belasten die Europäer. Daher ist es wichtig und im eigenen Interesse Europas, dass sich die EU am Golf engagiert.

Sowohl die instabile Lage im Irak als auch die Nuklear-Problematik im Iran gefährden alle Aktivitäten der Akteure in der Region. Mehr Stabilität und Sicherheit sind erforderlich. Daher gilt es, die subregionale Institutionalisierung und Formalisierung der Kooperation der Golfstaaten zu fördern. Ein Staatenbündnis, das sich ähnlich wie die EU - beispielsweise zunächst als Zoll-, Handels- oder später auch als Währungsunion - organisiert, böte die Basis für mehr Sicherheit. Voraussetzung ist die Bereitschaft der Golfstaaten zur Zusammenarbeit - externe Akteure wie USA, Europäische Union, Vereinte Nationen, China oder Russland können lediglich als Impulsgeber fungieren.

Um die Lage im Persischen Golf zu stabilisieren und Erfolge zu erzielen, bieten sich Maßnahmen in vier Handlungsfeldern an.

1. Wettrüsten verhindern

Erste Priorität hat das Verhindern eines Wettrüstens in der Region. Es muss sichergestellt werden, dass der Iran keine Atomwaffen entwickelt. Dazu sollten diplomatische Schritte nach dem Prinzip „sticks and carrots“ erfolgen: Auf der einen Seite könnte die internationale Gemeinschaft dem Iran mit der politischen Isolation drohen, um die Kooperationsbereitschaft zu fördern. Entscheidend ist dabei das Einbeziehen der Regierungen Russlands, Chinas und Indiens. Auf der anderen Seite müsste man dem Iran auch Anreize zur friedlichen Kooperation geben – denkbar wäre zum Beispiel eine Mitgliedschaft in der WTO, die Aufnahme von diplomatischen Beziehungen zu den USA sowie ein intensiver Dialog mit dem GCC. Europa kommt bei all diesen diplomatischen Maßnahmen eine zentrale Vermittlerrolle zu.

2. Regionale Kooperationen fördern

Für den Aufbau eines stabilen, demokratischen und unabhängigen Irak ist die regionale Zusammenarbeit mit all seinen Nachbarstaaten – Iran, Kuwait, Saudi Arabien, Jordanien, Syrien, Türkei – sowie mit Ägypten und der Arabischen Liga hilfreich. Vor allem eine Kooperation im Sicherheitsbereich, beispielsweise bei den Grenzkontrollen, könnte die Stabilisierung des Irak fördern. Diese Aktivitäten wirken einem Zerfall des Landes entgegen und tragen dazu bei, negative Effekte für die Nachbarländer zu reduzieren.

3. Zusammenarbeit EU – GCC ausbauen

Der Golfkooperationsrat (GCC) ist zurzeit die vielversprechendste subregionale Kooperationsstruktur. Die EU sollte den GCC weiterhin bei der Vollendung einer Zollunion unterstützen und eine gemeinsame Freihandelszone EU – GCC in Aussicht stellen. Auch eine intensivere Zusammenarbeit auf den Gebieten Gesundheit, Infrastruktur, Umwelt und Bildung – beispielsweise durch den Ausbau des studentischen Austausches mit der EU – bringt beiden Seiten Gewinn.

4. Jemen stärker unterstützen

Im Gegensatz zu den übrigen Golfstaaten ist der Jemen noch ein klassisches Entwicklungsland. Um die Anbindung an den GCC zu fördern, sollten alle internationalen Geldgeberländer und -institutionen ihre Aktivitäten koordinieren und das Land gemeinsam stärker unterstützen. Langfristig würde sich dadurch das Gefälle von den reichen Nachbarn zum Jemen verringern und die Stabilität wachsen. Besonders relevant sind Projekte, die zur Förderung von Bildung, Arbeit und Zivilgesellschaft dienen.

Bündnis der Neun als Perspektive

Wenn sich in diesen vier Handlungsfeldern Erfolge einstellen, könnte als nächster Schritt eine subregionale Kooperation aufgebaut werden nach der Formel 6+2+1: GCC mit Bahrain, Katar, Kuwait, Oman; Saudi Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, dazu Iran, Irak und Jemen. Dieses Bündnis könnte den wirtschaftlichen Fortschritt der Region erheblich ankurbeln und die Sicherheit in der Region fördern.

Weiterführende Informationen enthält das Strategiepapier „Kronberg IX/2005, Europa und der Nahe Osten – Perspektiven für Engagement und Zusammenarbeit“ der Bertelsmann Stiftung; zu finden auf der Internetseite der Bertelsmann Stiftung unter dem Projekt „Europa und der Nahe Osten“.



Kontakt:

Christian-Peter Hanelt

0 52 41/81 81 187

✉ christian.hanelt@bertelsmann.de

Netzwerk für Bürgerstiftungen zieht Bilanz

Management und Führungsqualität verbessert

Bürgerstiftungen werden in Zukunft das Stiftungswesen weltweit verändern. Von dieser jungen, attraktiven Form bürgerschaftlichen Engagements geht eine Signalwirkung in die Gesellschaft aus. Bürger können selbst mit kleineren Beträgen, Zeit und Ideen philanthropisch tätig werden und damit die Lebensqualität in ihrem Umfeld verbessern. Obwohl Bürgerstiftungen gegenwärtig lediglich einen kleinen Teil des internationalen Stiftungssektors ausmachen, sind sie besonders dafür prädestiniert, die künftige Entwicklung philanthropischen Engagements zu fördern.

Weltweit werden immer mehr Stiftungen gegründet – am schnellsten wächst der Sektor der Bürgerstiftungen. Das Wachstum des Stiftungswesens geht einher mit einer Debatte um eine neue Balance im Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Drittem Sektor. Leere öffentliche Kassen, die dazu führen, dass der Staat sich aus zahlreichen seiner angestammten Funktionen zurückzieht, verleihen dieser Debatte zusätzlich Aktualität und Intensität.

Professionalisierung

Gleichzeitig erfährt das Konzept der Bürgergesellschaft eine Renaissance als gesellschaftspolitisches Leitbild. Besonders Bürgerstiftungen erleben daher seit einigen Jahren einen stürmischen Aufschwung. Ende 2005 gab es mehr als 1200 Bürgerstiftungen (Community Foundations) in 42 Ländern. Allein in Deutschland sind es derzeit hundert – ein enormer Zuwachs in nur zehn Jahren, wenn man bedenkt, dass hier die erste Bürgerstiftung, die Stadt Stiftung Gütersloh, erst 1996 gegründet wurde, und zwar auf Initiative Reinhard Mohns und mit Unterstützung der Bertelsmann Stiftung.

Alle Bürgerstiftungen außerhalb Nordamerikas befinden sich noch in der Aufbauphase und haben hohen Bedarf an Informations- und Lernangeboten. Überlegte Strategien und bewährte Managementkonzepte sind für Bürgerstiftungen lebenswichtig. Die Professionalisierung der unterschiedlichen Managementaufgaben einer Bürgerstiftung ist Voraussetzung für den langfristigen Erfolg. Aus diesem Grund hat die Bertelsmann Stiftung bereits 1999 gemeinsam mit der amerikanischen C.S. Mott Foundation das Transatlantic Community Foundation Network (TCFN) gegründet, in dem gegenwärtig 46 Bürgerstiftungen aus 14 Ländern arbeiten. Ziel

des Netzwerkes ist es, das Management und die Führungsqualität in Bürgerstiftungen auf beiden Seiten des Atlantik zu verbessern. Die Netzwerkmitglieder identifizierten dafür erfolgreiche Konzepte, Strategien und Methoden und überprüften diese in unterschiedlichen nationalen und kulturellen Kontexten.

Durch den Austausch im TCFN haben sich die Arbeit der vernetzten Bürgerstiftungen und die Qualität der Dienstleistungen für ihre Stifter erheblich verbessert. Dies bescheinigt auch der Evaluationsbericht der amerikanischen Firma Community Planning & Research, LLC (www.cprgroup.net), die die Aktivitäten des TCFN drei Jahre lang begleitet und geprüft hat.

Der Evaluationsbericht hebt besonders den effektiven Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie die Vielzahl der durch das TCFN geschaffenen professionellen Arbeitsbeziehungen hervor: „The influence of the TCFN (...) clearly extends far beyond the objective, measurable outcomes that foster the development of community foundations. A generation of leaders has had their eyes opened to new ways of thinking, and a network of deeply valuable peer relationships has begun to blossom.“

Erfolgsfaktoren

Insbesondere durch diese internationale Netzwerkarbeit hat die Bertelsmann Stiftung gelernt, wie kraftvoll und reich an „intellektuellem Kapital“ die grenzüberschreitende Zusammenarbeit von Bürgerstiftungen ist. Das Transatlantic Community Foundation Network als „interkultureller Thinktank“ hat gezeigt, dass der persönliche Erfahrungsaustausch eine der wirkungsvollsten Formen der Wissensvermittlung ist. Beim Aufbau persönlicher Beziehungen der Netzwerkmitglieder wirkt sich vor allem die richtige Größe und



Studie mit Ratschlägen für die Praxis: Internationale Netzwerke erfolgreich gestalten

Zusammensetzung der jeweiligen Projektgruppen positiv aus. Neben Vertrauen – die Basis – sind ausreichende Investitionen in das Zeitbudget sowie regelmäßige Treffen die Voraussetzungen für einen funktionierenden Wissens- und Erfahrungstransfer. Förderlich sind zudem Persönlichkeiten, die neugierig und aufgeschlossen für neue kulturelle Begegnungen sind. Gerade in internationalen Netzwerken wird es immer wichtiger, die Besonderheiten der eigenen und anderer Kulturen kennen zu lernen und Verständnis für die kulturellen Zusammenhänge zu entwickeln.

Der Bericht „Building an International Learning Community“ – Lernerfahrungen aus sechs Jahren Netzwerkarbeit – sowie der Evaluationsbericht stehen auf der TCFN-Website (www.tcfn.efc.be) in der „What’s New“-Section als Download bereit. Das Themendossier „Bürgerstiftungen“ auf der Website www.bertelsmann-stiftung.de informiert über die Projekte der Bertelsmann Stiftung.

Die Schlüsselfaktoren beim Aufbau von grenzüberschreitenden Lern- und Erfahrungnetzwerken sind persönliche Beziehungen, das richtige „Timing“, die Agenda und aktive Toleranz gegenüber kulturellen und sprachlichen Barrieren. Zu diesem Ergebnis kommt die Bertelsmann Stiftung nach Auswertung eines sechsjährigen internationalen Netzwerkprojektes mit insgesamt 46 Partner-Institutionen aus 14 Ländern. Für Aufbau und Management derartiger Netzwerke wurden daraus praxisnahe Ratschläge entwickelt.

Verfasser der Studie „Building an International Learning Community: Lessons and Insights from the Transatlantic Community Foundation Network“ ist die amerikanische Beratungsgesellschaft Community Planning & Research, LLC, die auf die Beratung von Nonprofit-Organisationen spezialisiert ist. Die Autoren Robert H. Martin, Diana Haigwood und Alan Pardini haben das TCFN seit Jahren als Evaluatoren begleitet.

Die Studie finden Sie im Internet als Download unter www.tcfn.efc.be



Kontakt:

Peter Walkenhorst

0 52 41/81 81 172

peter.walkenhorst@bertelsmann.de

www.tcfn.efc.be

Namen und Nachrichten



Verabschiedung von Prof. Dr. Heribert Meffert. Erste Reihe (v. l.):
Prof. Ernst Buschor, Dr. Gunter Thielen, Liz Mohn, Prof. Heribert Meffert

Symposium zum Abschied

Die „Gesellschaftspolitischen Ziele und Perspektiven“ der Bertelsmann Stiftung standen im Mittelpunkt des Symposium, mit dem Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Heribert Meffert als Vorstandsvorsitzender Anfang Januar 2006 verabschiedet wurde. Aus gesundheitlichen Gründen hatte er sich von dieser Position zum Jahresende 2005 zurückgezogen.

Mehr als dreißig Gäste aus Wirtschaft, Politik und dem Stiftungssektor sowie zahlreiche Kuratoriumsmitglieder nahmen an der Veranstaltung teil. „Werte kommunizieren erfordert Glaubwürdigkeit, Mut, Vergleich mit den Besten und die Kraft zur Umsetzung“, sagte der Kuratoriumsvorsitzende Prof. Dr. Ernst Buschor in seiner Abschiedsrede: „Lieber Herr Meffert, Sie können auf ein eindruckliches Wirken in der Bertelsmann Stiftung zurückblicken.“

„Beschäftigung gestalten – Unternehmen zeigen Verantwortung“

Sechs Unternehmen wurden Anfang Februar 2006 in Berlin für ihr herausragendes beschäftigungspolitisches Engagement ausgezeichnet. Sie hatten sich erfolgreich

im Kreis zahlreicher Mitbewerber beim Wettbewerb „Beschäftigung gestalten – Unternehmen zeigen Verantwortung“ behauptet, der gemeinsam vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und der „Initiative für Beschäftigung!“ ausgeschrieben war.

Minister Franz Müntefering und der Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann AG, Dr. Gunter Thielen, überreichten vor rund 200 Gästen die Urkunden. Zuvor hatte eine 16-köpfige Jury unter Leitung von Thielen die Preisträger aus den 161 Bewerbungen ausgewählt. Je eine Auszeichnung ging an die EKO Stahl GmbH, die bad heizung Kreuz GmbH, die Bayer AG, die Geiger Fertigungstechnologie GmbH, die EUROGATE GmbH & Co. KGaA, KG und die Holz- und Dachbau GmbH Raddatz.

Die Bertelsmann Stiftung unterstützt die bundesweite „Initiative für Beschäftigung!“ und trägt mit dazu bei, die Position der Bundesinitiative als Dialogpartner für die Politik dauerhaft zu verankern.

**Einsatz für mehr Beschäftigung:
Preisträger mit Franz Müntefering,
Bundesminister für Arbeit und Soziales,
und Dr. Gunter Thielen (3. und 4. v. l.)**



Studie zu Frauen in Führungspositionen Kinder als Karrierек(n)ick?

Frauen besetzen zwar immer häufiger Führungspositionen - Kinder sind jedoch nach wie vor ein messbares Hindernis für den beruflichen Aufstieg. Dabei können Karriere und Kinder einander sehr gut ergänzen. Das ist das Ergebnis einer von der Bertelsmann Stiftung in Auftrag gegebenen Studie im Rahmen des Kooperationsprojektes „Balance von Familie und Arbeitswelt“ mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Entgegen landläufiger Annahmen verfügen Mütter mit Führungsverantwortung über wichtige Kompetenzen, um die Produktivität von Unternehmen zu steigern.

Familienministerin Dr. Ursula von der Leyen und Liz Mohn, stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, stellten die Studie „Karrierек(n)ick Kinder. Mütter in Führungspositionen - ein Gewinn für Unternehmen“ vor.

Die Studie wird im Frühjahr im Verlag der Bertelsmann Stiftung erscheinen.



Bundesfamilienministerin Dr. Ursula von der Leyen und Liz Mohn (v. l.) stellten die Studie über Mütter in Führungspositionen vor.

Familienfreundlich

Erster Unternehmertag in Ostwestfalen-Lippe: Zum Thema „Familienfreundlichkeit rechnet sich“ hatte die Bertelsmann Stiftung Unternehmensvertreter und Mitarbeiter von Kommunen und Verbänden eingeladen. Best-Practice-Modelle aus der Region und Lösungsansätze der Bertelsmann Stiftung standen zur Diskussion.

In der Dokumentation „Unternehmertag OWL“ sind vorbildliche Beispiele aus der Praxis zusammengefasst - beispielsweise unkonventionelle Methoden der Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeitmodelle und familienfreundliche Unternehmenskultur.

„Für viele Unternehmen wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf der Beschäftigten nicht nur zu einem Schlüsselfaktor, um national und international wettbewerbsfähig zu bleiben, sondern auch, um mittelfristig unternehmerischen Erfolg und wirtschaftliche Kontinuität zu sichern“, schreibt Liz Mohn in ihrem Vorwort. Die Broschüre steht auch als Download auf der Homepage der Stiftung zur Verfügung.



Elternkompetenz stärken

Der Deutsche Präventionspreis 2006 wird für Maßnahmen der Gesundheitsförderung und Prävention vergeben, die die Kompetenz von werdenden Müttern und Vätern sowie Eltern mit Kindern bis zu drei Jahren stärken, die gesunde Entwicklung ihrer Kinder zu fördern. Ziel ist es, durch Elternkompetenz die gesunde Entwicklung der Kinder zu fördern.

278 Bewerber haben ihre Unterlagen eingereicht - beispielsweise Elternberatungsstellen, Familienzentren, Kinderdörfer, Universitäten und Hebammenpraxen. Die besten Maßnahmen werden am 29. Mai 2006 in Berlin mit Preisgeldern in Höhe von insgesamt 50000 Euro ausgezeichnet. Getragen werden Preis und Projekt bis 2007 vom Bundesministerium für Gesundheit (BMG), der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) sowie der Bertelsmann Stiftung, die das Projekt gesamtheitlich organisiert.



Aktuell im Verlagsprogramm



„Bessere Qualität in allen Schulen“

Was macht die Qualität einer Schule aus? Wie lassen sich die Lern- und Lebenschancen von Schülern sichern? „Bessere Qualität in allen Schulen“ stellt das standardisierte Steuerungsinstrument SEIS (Selbstevaluation in Schulen) vor, das Schulen dabei unterstützt, ihre Entwicklungsarbeit zu evaluieren. Die hierbei gewonnenen Informationen zeigen, wo gemeinsame oder unterschiedliche Einschätzungen liegen, wo Stärken und Schwächen gesehen werden – ein erster Schritt auf dem Weg zu einer besseren Schule. Der Leitfaden ermutigt Schulleitungen und Kollegien mit verständlichen Grundlagentexten, konkreten Arbeitsschritten, anschaulichen Praxisbeispielen und Arbeitsmaterialien (CD-ROM), selbstständig mit SEIS zu arbeiten.

Cornelia Stern, Christian Ebel, Eric Vaccaro, Oliver Vorndran (Hrsg.)

Bessere Qualität in allen Schulen

Praxisleitfaden zur Einführung des Selbstevaluationsinstruments SEIS in Schulen
2006, 336 Seiten, Broschur, inkl. CD-ROM
Euro 29,-/sFr. 50,70
ISBN 3-89204-859-2



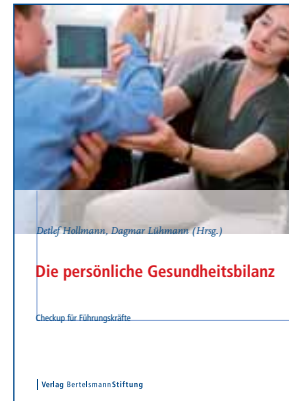
„Die Europäische Verfassung verstehen“

Die Europäische Verfassung soll die Europäische Union bürgernäher, demokratischer und handlungsfähiger machen. Doch das von der Politik als „historisch“ gefeierte Dokument ist zu kompliziert ausgefallen – und für den Laien kaum verständlich. Dieses Buch hilft, die Verfassung und die gesamte EU leichter zu begreifen. In verständlicher Form geschrieben, vermittelt es dem Leser Schritt für Schritt die komplexe Materie. Anhand anschaulicher Illustrationen wird erklärt, wie die Verfassung entstanden und aufgebaut ist, was sich durch sie verändert und wie künftig in der EU Entscheidungen zustande kommen sollen. Denn wer über Europas Zukunft mitentscheiden will, muss die Fundamente der Europäischen Union kennen und „die Europäische Verfassung verstehen“.

Werner Weidenfeld

Die Europäische Verfassung verstehen

2006, 120 Seiten, Broschur
Euro 15,-/sFr. 26,90
ISBN 3-89204-876-2



„Die persönliche Gesundheitsbilanz“

Gesunde und zufriedene Führungskräfte und Mitarbeiter im Unternehmen werden immer wichtiger. Dabei spielt die Unternehmenskultur eine bedeutende Rolle. Was sollen Check-ups im Bereich Gesundheit leisten? Was kann eine positive Unternehmens- und Führungskultur für das Klima im Unternehmen und für die Gesundheit der Mitarbeiter bewirken? Welche Faktoren im Unternehmen fördern die Gesundheit? Diese und weitere Fragen werden in der Publikation beantwortet.

„Die persönliche Gesundheitsbilanz“ richtet sich an Unternehmer, Personalverantwortliche, Führungskräfte und Betriebsärzte. Das Buch gibt am Beispiel von BASF, Bertelsmann und IAS (Institut für Arbeits- und Sozialhygiene Stiftung) praxisnahe Einblicke – mit Empfehlungen zur Entwicklung von Check-ups, umfangreichen Evidenztabellen und Präventionsempfehlungen zu den wichtigsten Krankheitsbildern.

Detlef Hollmann, Dagmar Lühmann (Hrsg.)

Die persönliche Gesundheitsbilanz

2006, 166 Seiten, Broschur
Euro 20,-/sFr. 35,10
ISBN 3-89204-744-8



„Wach, neugierig, klug – Kinder unter 3“

Hilfe für Eltern, Großeltern, Onkel und Tanten, Erzieherinnen und Tagesmütter: Das Medienpaket „Wach, neugierig, klug – Kinder unter 3“ vermittelt Basiswissen über die Entwicklung von Babys und Kleinkindern und Anregungen für eine bessere Qualität der praktischen Arbeit. Eine Einführungsbroschüre und 16 Themenkarten informieren und machen Vorschläge für die Praxis, nennen Herausforderungen und Probleme. DVD-Film und CD-ROM enthalten weiterführende fachliche und praktische Informationen. Das Poster illustriert die Hauptthemen des Medienpakets.

Bertelsmann Stiftung;
Institut für Frühpädagogik (Hrsg.)

Wach, neugierig, klug – Kinder unter 3

Ein Medienpaket für Kitas, Tagespflege und Spielgruppen. 2006, 20 Seiten, Broschur, inkl. CD, DVD, 16 Themenkarten, Poster
Euro 35,-/sFr. 60,50
ISBN 3-89204-883-5

Impressum

Herausgeber:
Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
☎ 0 52 41 / 81 0
☎ 0 52 41 / 81 81 999

Verantwortlich:
Dr. Richard Wagner

Redaktionsleitung:
Dr. Ulrike Naim
☎ 0 52 41 / 81 81 297
☎ 0 52 41 / 81 81 931
✉ ulrike.naim@bertelsmann.de

Redaktion:
Ulrike Osthus
☎ 0 52 41 / 81 81 123
☎ 0 52 41 / 81 81 931
✉ ulrike.osthus@bertelsmann.de

Bildnachweise:
A.Dreiplus
Archiv Bertelsmann Stiftung
BILDSCHEIN, Berlin
Thomas Hegenbart, Agentur Focus
Thomas Kunsch
Mirko Krizanovic
Veit Mette
Xinhua, Das Fotoarchiv

Art Director:
Heike van Meegdenburg

Gestaltung:
www.a3plus.de

Lithografie, Druck:
Mohn Media, Gütersloh

Ihre Adresse hat sich geändert?
Dann wenden Sie sich an
Anette Sanders
☎ 0 52 41 / 81 81 310
✉ anette.sanders@bertelsmann.de

www.bertelsmann-stiftung.de
info@bertelsmann-stiftung.de

Wegen der besseren Lesbarkeit
verwendet diese Publikation die
männliche Sprachform.



Dr. Johannes Meier, Vorstand Bertelsmann Stiftung und Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen testen den „Wegweiser demographischer Wandel“.



Städte und Gemeinden im Jahr 2020

„Kommunen schaffen Zukunft“

Christian Ude, Präsident des Deutschen Städtetages, sprach über Handlungsperspektiven für Städte und Gemeinden.



Dr. Kirsten Witte leitet das „Kompetenzzentrum für Kommunen und Regionen“ der Bertelsmann Stiftung.



Angesichts der weit reichenden Folgen des demographischen Wandels sehen sich Städte und Gemeinden vor der Herausforderung, neue Perspektiven und Strategien für das Zusammenleben ihrer Bürger zu entwickeln.

Ob konsequente frühkindliche Förderung, Balance zwischen Familie und Arbeit, Berufs- und Mitbestimmungschancen für Jugendliche oder neue Konzepte für das Zusammenleben der Generationen: Kommunen tragen entscheidend zur Lebensqualität ihrer Bürger bei. Wie Kommunen diese Aufgabe bewältigen und zukunftsfähig bleiben können, wurde beim Kommalkongress 2006 „Kommunen schaffen Zukunft“ der Bertelsmann Stiftung diskutiert. Der „Wegweiser demographischer Wandel“, für jedermann nutzbares Informations- und Frühwarnsystem der Bertelsmann Stiftung im Internet, bietet Daten, Prognosen und Handlungskonzepte für die kommunale Praxis an.

www.bertelsmann-stiftung.de

